

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 8gespaltene Petit-
zeile 40 Pf.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluss der Redaktion: Dienstag
mittags 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementsbestellungen
u. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Bekanntmachung.

An die Vorstände der Ortsgruppen.

Es wird hierdurch nochmals an die pünktliche und gewissenhafte Ausfüllung der zugelandten Zählkarten der Arbeitslosenstatistik erinnert. Die Karten sind mit 5 Pf. zu frankieren und müssen spätestens am 4. Juli im Besitze der Zentrale sein. Die Karten müssen überall am Sonntag, den 1. Juli ausgefüllt und abgeleitet werden. Die Einfindung vor dem 1. Juli ist wertlos, da auf der Karte auch die am 30. Juni als arbeitslos oder auf der Reise befindlichen Mitglieder angegeben werden müssen. Bei der Ausfüllung der Zählkarten beachte man genau den Artikel in Nr. 8 unseres Verbandsorgans vom 24. Februar d. Js. für diejenigen Ortsgruppen, welche in der Zwischenzeit neu entstanden sind, sei kurz bemerkt, daß auf der Zählkarte zunächst der Name der Ortsgruppe anzugeben ist (das vorige Mal hatten verschiedene Ortsgruppen das nicht für notwendig gefunden), des weiteren sind die auf der Karte enthaltenen Rubriken entsprechend auszufüllen. Also, die Mitgliederzahl der Ortsgruppen anzugeben, dann wieviel arbeitslose Mitglieder insgesamt im Quartal sich gemeldet haben, ganz gleich, ob dieselben unterstützungsberechtigt waren oder nicht. In der 3. Rubrik ist anzugeben, wieviel Mitglieder am 30. Juni arbeitslos waren, in der 4. Rubrik auf der Karte ist anzugeben, ob und wieviel Mitglieder am 30. Juni auf der Wanderschaft befindlich sich bei der Ortsgruppe melden. In der 5. und 6. Rubrik ist anzugeben, wieviel Unterstützung die unterstützungsberechtigten arbeitslosen und auf der Wanderschaft befindlichen Mitglieder im 2. Quartal bezogen haben. Nicht anzugeben sind die ausgezahlten Streik- und Maßregelungsunterstützungen.

Die Vorstände werden nun aufgefordert, unverzüglich die Vorarbeiten zur Ausfüllung der Zählkarten zu machen, damit die Karten rechtzeitig bei der Zentrale eintreffen. Karten, die nach dem 4. Juli einlaufen, können nicht mitgezählt werden und die ganze Statistik ist unvollständig. Die Vorstände der einzelnen Ortsgruppen müssen ihren Stolz darin setzen, diese Arbeit pünktlich und gewissenhaft auszuführen, damit die Statistik unseres Verbandes gut ausfällt und wir hinter den anderen Organisationen nicht zurückstehen. Die Statistik wird im Reichsarbeitsblatt des Kaiserlich Statistischen Amtes veröffentlicht, deshalb müssen die Karten pünktlich eintreffen.

Der Vorstand.

Wirtschaftspolitische Umschau.

Die gegenwärtige Lage der Industrie ist nach wie vor befriedigend. Alles arbeitet unter Anspannung aller Kräfte. Der Verbrauch zeigt noch nirgends ein Nachlassen. Bestellungen liegen für einen sehr weitreichenden Zeitpunkt vor und der Abbruch steht unter dem Zeichen einer seltenen Dringlichkeit und Ungebuld. Die Lieferfristen werden in einzelnen Zweigen immer größer. Die Eisenbahneinnahmen steigen unausgesetzt stark an und das rhinisch-westfälische Kohlenyndikat hat vor einigen Tagen beschlossen, für das kommende Quartal die volle Beteiligungsziffer fördern zu lassen. Trotz dem und trotz umfassender Ankäufe von Kohlen in England durch das Syndikat nehmen die Klagen über Kohlenknappheit kein Ende. Die industrielle Welt kann sagen: „Es ist eine Lust zu leben.“

Wenn nur die Sorgen um die Zukunft nicht wären! Wir Deutschen sind gewohnt, auch den kommenden Dingen einige Aufmerksamkeit zu

widmen und da mehren sich allerdings die Anzeichen, die erkennen lassen, daß wir auf dem Gipfel des Berges angekommen sind. Der Geldmarkt steht unter einer bedrückenden Spannung. Alles, was Geld hatte, hat sich in die Industrie locken lassen. Die Kurse der Staats- und Gemeindepapiere sollen fortgesetzt stark und die Pfandbriefbanken können ihre Pfandbriefe nicht los werden. Versuche mehrerer großer Städte, so Köln, Anleihen zu 3 1/2 Prozent aufzunehmen, scheiterten glattweg, da die Banken mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Geldbeschaffung einen unglaublich niedrigen Kurs bieten mußten. Alles Geld, was irgendwie verfügbar war, ist in die Industrie hineingesteckt worden, sodaß Handel und Verkehr flackert unter den Schwierigkeiten der Geldbeschaffung. Nun ist es klar, daß in unserem Zeitalter das Kreditwesen eine dauernde Geldknappheit der Art, wie sie jetzt vorliegt, die also durch die allzustarke Inanspruchnahme aller erreichbaren Geldmittel durch die Industrie hervorgerufen worden ist, den Gang der Industrie lähmen muß, weil das Geld der Konsumtion, dem Verbrauch entzogen und der Produktion in zu starkem Maße zugewandt worden ist. Das gilt vorzüglich für den Teil der Großindustrie, der Baumaterialien, Fabrikations-Anlagen und -Mittel, Werkzeuge usw. herstellt. Auf diesen Gebieten aber ist gerade die Metallindustrie in außerordentlichem Maße beteiligt.

Die Entwicklung der Dinge in Russland gibt der Hochflutperiode dieses Jahrzehntes einen besondern Anstrich. Der russisch-japanische Krieg hat ungeheure Werte zerstört, die dem Schiffsbau und der Waffenfabrikation aller Länder auf lange Jahre hindurch starke Beschäftigung sichern muß. Alle Länder sind daran interessiert, weil auch jene Länder, die nicht direkte Bestellungen von den beteiligten Mächten erhalten, sich des Wegfalles der Konkurrenz des Auslandes erfreuen dürfen. Die russische Revolution aber mit ihren Zerstörungen und Verwüstungen schuf einen ungeheuren Bedarf auf allen anderen Gebieten der Industrie. Das eine liegt für uns klar zu Tage: Hätte Russland das Geld, um alles von Grund auf wieder aufzubauen, dann müßte die gegenwärtige wirtschaftliche Hochflut noch eine Reihe von Jahren anhalten. Da aber liegt der Hase im Pfeffer. Russland hat kein Geld. Sein Handel und seine Industrie liegen darnieder, und auch die Landwirtschaft hat keine Werte, es herrscht vielmehr in großen Distrikten Hungernot, deren Folge sich durch eine schlechte und mangelhafte Ausaat auch für die nächsten Jahre bitter bemerkbar machen wird. Die sonstigen vielgepriesenen „unererschöpflichen Naturschätze Russlands“ aber bieten, da die Regierung bisher stärker an der Beherrschung und Knechtung der Massen als an der Hebung des wirtschaftlichen Lebens gearbeitet hat, keine Werte, durch die man Geld zur Heranziehung ausländischer Industrieprodukte erwerben könnte.

Die Regierung hat zwar durch die letzte 2 1/4 Milliarden-Anleihe erheblichen Summen zur Verfügung erhalten, aber der Ueberfluß war nicht von langer Dauer. Die ungeheuren Schulden Russlands erfordern fortgesetzt Hunderte von Millionen als „Schuldendienst“, also für die Verzinsung und — die Bestechung der Mächtigen an der Börse, von deren Tun und Treiben das Steigen und Fallen des Börsenkurses abhängt, vielleicht auch für die Bestechung der großen Handelspresse, auf deren Wort der kleine Rentner schwört. Neulich wurde behauptet, die Zwecke dieser Art habe die russische Regierung in den letzten Jahren 3 1/2 Millionen aufgewandt.

Wahrscheinlich ist es noch viel mehr. In solche „Geschäfte“ bekommt die Öffentlichkeit ja nur hin und wieder durch Zufall einen Einblick. Wenn die Unruhen in Russland andauern, denn wird dieser größte Schuldenmacher der Welt eines Tages seine Zahlungen einstellen und dann werden, da gerade die Zinsen aus Anleihepapieren dieser Art für den Verbrauch verwandt werden, wir in dem Absatz unserer Industrieprodukte aller Art sehr unangenehm getroffen werden, nicht bloß, was den Absatz nach Russland geht, sondern auch dem eigenen Lande.

Ein weiteres Bedenken gegenüber der Fortdauer dieser überflotten Zeit entwickelt sich aus den andauernden Preiserhöhungen. Man weiß wirklich nicht mehr, wo die Dinge hinauswollen. Die Verbände der Fabrikanten erhöhen auf fast allen Gebieten die Preise in immer kürzeren Abschnitten und immer stärker. Bis jetzt ist es stets gelungen, die Preiserhöhungen durchzusetzen. Die Verbraucher können einfach keinen Widerspruch erheben, weil es ja doch nichts nützt. Es kommt jetzt darauf an, was sie in der Praxis tun werden. Es ist klar, daß der Bedarf nach Möglichkeit eingeschränkt wird. Solange freilich die Produzenten die Preise weiter steigern können, ist nicht anzunehmen, daß der Absatz zurückgegangen ist. Anders ist es aber bei den Rohstoffen und dem Halbzeug. Wenn die Rohstoffpreise zu sehr ansteigen, wie es gegenwärtig zweifellos der Fall ist, dann gerät die weiterverarbeitende Industrie der Fertigfabrikate, vorzüglich die Kleineisen-, die Werkzeug- und die Maschinenindustrie, in die schwierigste Situation. Schon heute jammern die Kleinfabrikanten über die hohen Preise des Rohmaterials, die ihnen allen und jeden Gewinn wegnehmen. Viele Preise von Verbrauchsgegenständen lassen sich nicht mehr steigern, weil der Absatz dadurch zum Stocken gebracht oder auf andere, gleichwertige, aber auf andere, vielleicht aus anderem Stoff hergestellte Verbrauchsgegenstände fällt. Die Preissteigerungen der Rohprodukte nehmen aber einen bedrückenden Fortgang. Es geht schon gar nicht mehr an, sie einzeln mit Ziffern zu belegen. Besonders die Verbraucher von Roheisen und Rohstahl leiden sehr unter den Steigerungen. Das gleiche gilt von Kupfer und vor allen Dingen — wahrscheinlich auf eine ganz gewissenlose amerikanische Spekulation hin — Zinn. Die Fertigfabrikanten folgen, so z. B. die Stahlwarenfabrikanten des Solinger Bezirks gleich um volle 10 Prozent.

Interessant ist, daß auch die gute Zeit in den Syndikaten den Frieden nicht kommen läßt. Jeder möchte eben einen noch größeren Platz am Futtertrog der Industrie haben. Dazu kommen die Nachwirkungen der Kämpfe, die dem Abschluß der Syndikate vorausgegangen sind. So teilte kürzlich der „Bergische Gruben- und Hüttenverein“ in Hochdahl mit, daß er für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende nicht verteilen werde, weil die Kampfmaßregeln des Roheisensyndikats gegen die Outsider bei den hohen Preisen für Eisenerz und Koks einen Verdienst nicht gelassen hätten. Das Düsseldorf-Roheisensyndikat soll glücklich nach Hagen und Würgen bis Ende 1907 verlängert worden sein. Dagegen kriecht es im Roheisenverkaufsverein (Siegerland) genäht. Die Wolandshütte soll den Vertrag gekündigt haben, um durchzusetzen, daß auch das Geisweider Eisenwerk, der gefährlichste Outsider, beitrete. Andere Meldungen freilich behaupten, die Verlängerung sei auf 3 Jahre gelungen. Im Drahtstiftenverband wollen jene Werke, die nur für den Inlandsbedarf arbeiten, nicht mehr an den Verlusten beim Export teilnehmen, und daraufhin droht der Verband in die Brüche zu gehen. Auch beim Stahl-

Verkehrsamt, der doch nach außen hin so sehr glänzend gearbeitet hat, arbeitet man seit längerer Zeit an einer Revision des Vertrages, um auf diese Weise wenigstens in der kommenden Abschlußperiode vor der Unzufriedenheit eines Teiles der Mitglieder gesichert zu sein.

Bis jetzt hat die Versteigerung des Geldmarktes eine Abkühlung in der Gründungswut noch nicht herbeizuführen vermocht. Die deutschen Kesselwerke A.-G. in Berlin haben die Erhöhung ihres Kapitals um 1 1/2 Mill. Mk. beschlossen. In Düsseldorf soll die Maschinenfabrik „Rheinland“ wieder in Betrieb gesetzt werden und zwar hauptsächlich zum Zwecke der Herstellung von Angellagern für Automobile. Die vereinigten Stahlwerke von der Hynen und Wessener Eisenhütten A.-G. Köln-Deutz beschloßen die Ausgabe von 2 Millionen neuer Aktien. Die Schrauben- und Mutter-Fabrik vorm. S. Riem und Söhne A.-G. Berlin und Gbelitz will das Kapital um 1/4 Millionen erhöhen, bezgl. die „Blitz“-Automobilgesellschaft in Berlin um 100 000 Mk. Die Bergwerks-A.-G. Bliesenbach hat sich in Neu-Moresnet angekauft. Die Rathowiger A.-G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb will ihr Aktienkapital gleich um 8 Millionen auf 30 Mill. Mk. heaufsetzen.

An Mitteilungen über die Dividenden bezw. an Dividendenrückstellungen liegt gegenwärtig folgendes vor:

Eisenwerke Hagenu	6%	8%
A.-G. Theob. Biedes, Reich-fab. Chemnitz	—	5
Kupferwerke Deutschland, Oberschöneweide	7	10
Dampfessel u. Gasometer A.-G. (A. Wilke), Braunschweig	—	7 1/2
Stammaktie	—	4
Berliner Gußstahl- u. Eisengieß. (Hartung)	3 1/2	5
Harthortische Bergwerke u. chem. Fabriken Gotha und Schwelm	10	11
Schubert & Salzer, Chemnitz	—	25
Nickelwerke (Fleitmann) Schwerle	10	14
Eisenbau- und Kälte-Industrie (Gerhard & König), Nordhausen	15	18
Kunener Maschinenwerke	—	—
Friedrich August-Hütte A.-G. Pöschappel	6	6
A.-G. für Bronzwaren (Spinu) Berlin	—	3
Karl Rörting A.-G. Linden	8	5

Bei Rörting kommt ein um 4 Millionen höheres Aktienkapital in Betracht. Dazu kam, daß der Wasserkraftbau schweren Schaden litt infolge der Kellone, die für die Dampfturbinen gemacht wurde. — Bei dem Kunener Werke wurde eine erhebliche Verminderung der Bilanz erzielt.

Die Hyänen des Schlachtfeldes.

Nachdem der Kampf im Saargebiet vorüber, waren sich auch die verborgenen Elemente ans Tageslicht, die mit ihrem Treiben in dunkeln Eckschlupfwinkeln sich gesüßet, jetzt aber eine „Nachkante“ abzuhalten versuchen, ob auch für sie, noch einige Bissamen abfallen könnten.

Es ist zum „Wurzelbäume“ schlagen, wenn man jetzt die kathol. Facharbeiter und Sozialisten mit Herrn Tille Arm in Arm marschieren, alles aufbieten, der Welt und den Arbeitern der Burbacher Hütte vorzulügen, daß die Hütte Sieger und die Arbeiter die Unterlegene seien und sich als die Retter in der Not aufspielen. Telegramme, lange Zeitungsartikel, Flugblätter, alles wurde vom Kleeblatt benutzt, um ihr Ziel zu erreichen und die öffentliche Meinung zu verwirren. Wir müssen uns daher noch einmal kurz mit diesem Treiben befassen.

Unseren Kollegen ist es schon bekannt, welche unermessliche und schamhäßliche Rolle hierbei die Fachabteilungsmenschen insbesondere die Führer Kloss und Richter in diesem Kampfe gespielt haben. Herr Kloss hatte es nicht verschmäht, um eine Audienz bei der Direktion zu betteln, wo derselbe erbost die treue Ergebenheit der Facharbeiter verweigerte, damit die Direktion im Kampfe gegen das Koalitionsrecht zu stärken und sich den Segen der Direktion für die Facharbeiter zu erbitten.

Als aber einige Facharbeiter trotz Kloss und Richter Solidarität genug besaßen, und drohten, um christlichen Metallarbeiterverband überzutreten, mußten diese Herren schamhaft ein und versprechen ihnen auch Streikunterstützung. Das böse Gewissen scheint diesen noblen Seelen zu erwachen. Im „Arbeiter“ versuchen sie jetzt in einem laienkritischen Artikel, sich zu rechtfertigen und Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Den Fachabteilungsmenschen ist jetzt vorgekauft, der Kampf, den die christlichen Arbeiter geführt, habe sich gegen die Fach-

abteilungen gewendet. Die Leute haben die dreiste Stirne zu schreiben:

„Dazu kommt noch, daß sich der Streit auf der Burbacher Hütte unmittelbar sogar gegen die Fachabteilungen des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) richtete. Man wollte schamlos auf christlicher Seite zeigen, daß eine Berufsorganisation auf kathol. Grundlage dem Arbeiter nicht helfen könne; da erziele doch eine christliche Organisation, die den Streit mit als ein wesentliches Mittel ihrer Tätigkeit betrachtet, ganz andere Erfolge, und sich so — wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“

Diese sogenannten allerkatholischen Leute, schämen sich nicht, mit solchem Lug und Trug zu arbeiten. Die ganze Welt war davon unterrichtet, in welcher brutaler Weise die Burbacher Hütte gegen die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes vorgegangen; die Presse aller Parteischattierungen hatten darüber spaltenlange Artikel gebracht, daß es sich nur um einen Kampf des Koalitionsrechtes handele und handeln konnte.

Die Fachabteilungsmenschen bringen es fertig zu erklären, „der Kampf habe sich gegen die Fachabteilungen des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) gerichtet. Doch dieser Gauvertrick wird niemals die große Schmach von ihnen hinwegnehmen können, daß sie in dem Momente, wo 3 1/2 tausend Hüttenarbeiter um ihre Koalitionsrechte kämpften, sie um die Gunst der Direktion buhlten, um sich gute Arbeitsplätze zu sichern.“

Dieses Schandmal der Schmach wird für immer ihnen an der Stirne haften bleiben.

Wenn aber heute die Facharbeiter bei der Direktion der Burbacher Hütte die lieben Kinder spielen können, wem haben sie dann das zu verdanken, doch nicht sich selbst und ihrer Kraft, sondern nur dem Kampfe den die christlichen Metallarbeiter geführt haben.

Noch vor einem Jahre konnte die Direktion erklären, „daß keine Organisation geduldet würde, welchen Namen sie auch tragen möge“. Herr Kloss und Richter, darunter waren doch wohl die Fachabteilungen auch einbegriffen oder nicht? und wenn heute seitens der Direktion erklärt wird, daß man keine Leute wegen Zugehörigkeit zur Organisation entlassen habe, oder nichts gegen Organisationen haben wolle, — die nicht den Streikbruch lehren, oder die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, sondern auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, so ist das gar nichts anders als eine Umschreibung der Worte:

Wir wollen nicht mehr gegen die Organisation ankämpfen.

Alles andere ist Schamhämchlagerei, und Worte, um Tatsachen zu vertuschen. Daß die Burbacher Hütte zu diesem Geständnis gezwungen wurde, das ist der große unbezahlbare Erfolg des Streikes, der christlichen Metall- und Hüttenarbeiter, wo auch die Facharbeiter miternten, wo sie nicht gesät haben.

Weiter wollen wir uns mit dieser Fachabteilungs-Gesellschaft nicht aufhalten, es hieße ihnen zu viel Ehre antun.

Der gesunde Sinn der Arbeiter hat es begriffen, wo diejenigen standen, welche für sie kämpften, und jene, welche sich als Fabrikantenwerkzeuge anböten. Die Fachabteilungen sind bei den Bergleuten des Saargebiets auf den Hund gekommen, und bei den Hütten- und Metallarbeitern wird das ebenso der Fall sein.

Das Verhalten der Facharbeiter beim Burbacher Hüttenstreik wird das seinige schon dazu beitragen.

Gleich den Fachabteilungshelden umkreisen die Schwärze, wie die hungrigen Hyänen das Schlachtfeld nach Beute. Während des ganzen Kampfes hatte sich diese Gesellschaft feige zurückgehalten, nur ein einziges Mitglied von freien Metallarbeiterverband hatte sich dem Kampfe angeschlossen.

Während fast alle Werkstätten im Kampfe lagen, hielt sich die Reparaturwerkstatt, wo die Schwärze auch Anhänger hatten, vollständig zurück.

Der Plan war schlaun ausgedacht. Die Christlichen sollten sich im Kampfe verschließen, wenn dann alles zusammengebrochen, dann krochen auch die woten Brüder aus den Eckschlupfwinkeln hervor, um sich als die Retter aufzuspielen, um die mühelessen unermesslichen Beute einzuheimen. Durch diese Rechnung haben ihnen die christl. Arbeiter u. ihre Führer einen Strich gemacht. Deshalb das Indianergeheul der roten Presumente, welches jetzt auf der ganzen Linie entbrannt ist.

Wir möchten einmal fragen, was hat denn die Sozialdemokratie und ihre Presse mit dem Burbacher Streit zu tun, wofür sie während des ganzen Kampfes noch nicht einen Finger gerührt haben? Da sogar wurde von ihren Anhängern Streikbruch verübt und das sozialistische Organ im Saargebiet, die „Saarwacht“, hätte gegen die Arbeiter scharf zu machen versucht.

Jetzt auf einmal wollen sich diese Elemente in heuchlerischer Weise als den Retter und Helfer in der Not aufspielen und sich an die christlichen Arbeiter heranschleichen, nach dem alten sozialdemokratischen Grundsatz: „Den Massen zu schmeicheln und den Führern vor den Bauch treten.“ Es ist interessant, wie diese Gesellschaft mit Dr. Tille um die Wette rennt, um den Arbeitern der Burbacher Hütte den Sieg streitig zu machen. Keine Arbeiterfreunde das. Merkt es auch, ihr Metall- und Hüttenarbeiter für die Zukunft.

Der sozialistischen Presse, vor allem der Metallarbeiterzeitung, würde es besser anstehen, einmal über die schmachhäßlichen Niederlagen des freien Verbandes Betrachtungen anzustellen, wie zum Beispiel in Bayern, Berlin, Jüdensburg, Weibert, bei der letzten Formerbewegung, wo derselbe bei der Ausprägung auf der ganzen Linie klein beigeben mußte, oder wie in Mülheim am Rhein der Führer des sozialdemokratischen Verbandes erklären mußte: „Sie dürft nicht streiken, es ist kein Geld da. Ober über das schmachhäßliche Verhalten desselben Verbandes in Solingen usw. Der christliche Metallarbeiterverband war bis jetzt der Einzige, der für die Hüttenarbeiter namhafte Erfolge errungen hat und der moralisch größte Erfolg, was in Burbach zu verzeichnen. Dieses können alle Kläffer von rechts und links nicht hinwegdisputieren. Nicht allein ist der Bann gebrochen bezüglich der Koalitionsfreiheit, sondern auch materielle Aufbesserung der Löhne hatte der Streik im Gefolge.“

Es waren schon während des Streiks 20 Pfg. Zulage zugesichert. Jetzt sind in den Stahlwerken, Hochöfen, Bohrzulagen von 50 bis 70 Pfg. pro Tag zu verzeichnen. Abreisenden Arbeitern wurde seitens der Vorgesetzten schon gute Worte gegeben, doch zu bleiben, trotzdem sie wissen, daß dieselben der Organisation angehören.

Das alles sind große Erfolge, die vor dem Streik niemand zu hoffen gewagt hätte. Bei solcher Sachlage, den Arbeitern den Sieg hinwegdisputieren zu wollen, dazu kann nur Neid, getäuschte Spekulation, und Bosheit sich herbeilassen. Welche Doheshymnen würden im sozialdemokratischen Lager angestimmt werden, wenn der freie Verband diese Erfolge zu verzeichnen hätte.

Mögen unsere Hüttenarbeiter nicht bloß im Saargebiet, sondern in ganz Deutschland erkennen, daß auch für sie bessere Zeiten eintreten, wenn sie sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. In der Einigkeit und Zusammenschluß liegt ihre Stärke. Burbach kann ihnen als glänzendstes Beispiel voranschweben. Der Bann ist gebrochen, dieses Gefühl muß den Kollegen die Spannkraft geben, zur weiteren Arbeit und Ausdauer für die Organisation.

Den neidischen Kläffern und Schreibern aber sei zugerufen:

Lasset nur den Spitz aus unserm Stall,
Uns immerdar begleiten,
Denn seines bellens lauten Schall,
Beweist nur, daß wir reiten.

Der Maximalarbeitstag und der evangelisch-soziale Kongress.

Die Frage des Maximalarbeitstages d. h. einer gesetzlichen Festlegung einer Höchstgrenze der Arbeitszeit ist jedenfalls eine derjenigen, welche für die meisten Arbeiter das lebhafteste Interesse beanspruchen darf.

Wenn auch einzelne, besonders günstig gestellte Arbeiterberufsgruppen, durch ihre Organisationen und Zusammenschluß sich selbst ihre Arbeitsverhältnisse, Arbeitsdauer etc. regeln können. Aber ein sehr großer Teil wird ohne gesetzlichen Eingriff niemals zur Festlegung einer Maximalgrenze gelangen, besonders soweit die erwachsenen männlichen Arbeiter in Betracht kommen. Im deutschen Reichstag wurde dieser Punkt wiederholt zur Sprache gebracht, ohne sich aber zum Gesetzesbeschluss zu verdichten. Die Meinungen über die Durchführbarkeit einer Maximalgrenze gehen noch weit auseinander. Von den Gegnern wird, wie immer, wenn es sich um eine entscheidende Arbeiterchutzbestimmung handelt, die auswärtige Konkurrenz als Abschreckungsmittel benutzt. Die Frage wird aber nicht zur Klube-

kommen bis auch in Deutschland der erwachsene männliche Arbeiter sich des gesetzlichen Schutzes seiner Arbeitskraft erfreut.

Mit dem Thema des Maximalarbeitstages befaßte sich auch der evangelisch-soziale Kongreß, welcher in Jena stattfand. Der Privatdozent Dr. Harms-Tübingen behandelte diesen Gegenstand, kam aber zu dem Schluß, daß nicht der Staat, sondern die Arbeiterorganisationen mit den Arbeitgebern die Arbeitsverhältnisse regeln sollten. Medner meinte u. a.:

„Die in den meisten Arbeitszweigen bestehende Arbeitssteigerung, wonach der Arbeiter nur immer einen Teil des Produktes aufzuerzogen, hat die Arbeitsproduktivität erheblich herabgedrückt. Es ist daher notwendig, die Arbeitszeit zu verkürzen. Es hiesse Raubbau am kostlichsten Gut der Nation treiben, wenn man in gesundheits-schädlichen Betrieben nicht auf Herabsetzung der Arbeitszeit Bedacht nehmen wollte. Wenn man den sittlichen Schädigungen der Fabrikarbeiterinnen begegnen will, so ist die Herabsetzung der Arbeitszeit der Frauen im Fabrikbetriebe dringend notwendig. Die Fabrikarbeit der Frauen verbieten, hiesse die Arbeiterfrauen wirtschaftlich schädigen. Aber eine Verkürzung der Arbeitszeit für verheiratete Fabrikarbeiterinnen muß gefordert werden. Eine kürzere Arbeitszeit ermöglicht eine größere Intensität der Arbeit. In den Zehnerwerken hat Professor Abbe die achtsündige Arbeitszeit mit dem Erfolge eingeführt, daß sowohl die Unternehmer-Rente als auch der Arbeiterlohn durch die größere Arbeitsintensität sich erhöht hat.“

Der Redner faßte schließlich seine Ausführungen in einer Reihe von Leitsätzen zusammen. Es müsse daher geordert werden, so etwa fuhr er fort, daß nicht ganze Volksschichten durch zu lange Arbeitszeit gesundheitlich Schaden erleiden. Das Zentrum verlange einen Maximalarbeitsstag von zehn, die Sozialdemokraten einen solchen von acht Stunden. Die Regierung und das Unternehmertum verhalten sich aber diesen Forderungen gegenüber ablehnend. Auch er (Redner) verhalte sich einer solchen Forderung gegenüber ablehnend. Der internationale Wettbewerb gestatte den Maximalarbeitsstag nicht. Aber auch die Saisonarbeiten, insbesondere die Erntearbeit auf dem Lande, machen einen Maximalarbeitsstag unmöglich. Es komme hinzu, daß die Einführung des gesetzlichen Maximalarbeitstages ein häßliches Spionage-system züchten würde. Er sei nicht gegen den Eingriff des Staates in die Arbeitsbetriebe, er halte es aber für richtiger, daß die Arbeiter sich den Maximalarbeitsstag selbst durch ihre Organisation erkämpfen. Vom Staat sei nur zu verlangen, daß er den Arbeitern das Koalitionsrecht in unverkürzter Weise gewähre und für gesetzliche Vertretungen Sorge, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gemeinsamer Weise sich über die Arbeitsverhältnisse verständigen können. Weiter dürfe der Staat in gesundheitlich einwandfreien Betrieben in die Arbeitszeit für erwachsene Männer nicht eingreifen.“

Den Ausführungen des Herrn Harms folgte eine lebhafteste Aussprache, die um dessentwillen schon ein größeres Interesse beanspruchen darf, indem Männer wie Professor Wagner, Dr. Franke, Dr. Leonhardt u. a. ebenfalls ihre Stellung zum Maximalarbeitsstag äußerten. Professor Dr. Franke, Herausgeber der Sozialen Praxis, äußerte u. a.:

Nach der Äußerung des Grafen Posadowsky im Reichstag sei die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeits-tages für Frauen innäherer Zeit zu erwarten, und zwar sprach Graf Posadowsky, im Gegensatz zu dem Vordrucker, ausdrücklich von kurzfristigen Uebergängen. In England sei der zehnstündige Maximalarbeitsstag in der Textil-industrie schon seit 1848, in Frankreich in den ge-mischten Betrieben seit 1894 eingeführt. Im Mai 1905 sei in Bern eine Konferenz zusammengetreten, auf der 16 europäische Regierungen vertreten waren. Auf dieser wurde beschlossen; die Nachtarbeit der Frauen in indu-striellen Betrieben zu verbieten. Er (Redner) wünsche auch nicht einen schablonenhaften Normalarbeitsstag, zu-mal die Arbeiter oftmals dagegen seien, weil sie eine Verkürzung befürchten. Die Verkürzung der Arbeitszeit in den gesundheitlich einwandfreien Betrieben sei der Organisation der Arbeiter und der Einsicht der Unternehmer zu überlassen. Die Tarifbewegung, in der die Regelung der Arbeitszeit eine her-vorragende Rolle spielte, vollziehe sich in der richtigsten und friedlichsten Weise, ohne daß die Industrie oder das Unternehmertum irgendwelchen Schaden erleiden. Wenn das Unternehmertum des Saarreviers diese Be-wegung zu verhindern suche, so sei das eine Frivolität, die an Wahnsinn grenze. Es sei dringend notwendig, dafür zu wirken, daß der Arbeiter nicht abgeradert aus der Fabrik komme, sondern daß ihm auch noch Zeit und Ruhe bleibe, sich geistig weiter fortzubilden. Die Tar-ifbewegung sei von unendlich größerem Kulturwert als Streiks und Aussperrungen.

Ganz besonders werde der Staat genötigt sein, in umfassenderer Weise als bisher bei den gesundheits-

schädlichen, insbesondere den Bleibetrieb, einzugreifen. Zu den gefährlichen Betrieben gehöre auch der Bergbau. Deshalb sei der Forderung der Bergarbeiter nach Ar-beitszeitverkürzung voll berechtigt. Der Maximalarbeits-tag wurde schon 1839 im Interesse der Wehrfähigkeit des Landes verlangt. Graf Posadowsky bezeichnete vor einigen Tagen die Verkürzung der Arbeitszeit zwecks Bekämpfung der Lungentuberkulose als notwendig. So edel die Bekämpfung der Tuberkulose sei, so sei es doch noch edler, die Menschheit so zu behandeln, daß sie von der Lungentuberkulose und anderen Krankheiten nicht befallen werde. Es wurde einmal gesagt: Die-jenige Nation werde auf dem Weltmarkte siegen, deren Angehörige in ihrer Mehrheit hellhörig und breitbrüstig seien. Hoffen wir, daß dies die Deutschen sein werden, dazu ist aber die notwendige Voraussetzung die Ver-kürzung der Arbeitszeit.

Noch entschiedener sprach sich Professor Wagner für gesetzliche Festlegung der Arbeitszeitgrenze aus. Der-selbe konnte sich nicht mit den Referenten einverstanden erklären, daß die Verkürzung der Arbeitszeit der Ver-einbarung der Unternehmer und Arbeiterorganisationen überlassen bleibe. Einmal haben die Arbeiter noch nicht das unbeschränkte Koalitionsrecht und dürften es auch in absehbarer Zeit nicht erhalten, und andererseits sei von den Unternehmerorganisationen, den Kartellen und Syn-dikaten ein Entgegenkommen nicht zu erwarten. Man dürfe es sich auch nicht verhehlen, daß die Ablehnung der Arbeiterforderungen oftmals die Unterstützung der höchsten staatlichen Gewalten finde.

Auf der Versammlung des Vereins für Sozialpolitik im September 1905 in Mannheim wurde gesagt: Die christlichen Gewerkschaften seien noch viel gefährlicher als die sozialdemokratischen, denn erstere bildeten die „Vorfrucht der Sozialdemokratie“. (Hört! Hört!) Nach diesem Vorgang sei an eine Verständigung mit den Unternehmern nicht zu denken. Ungemein traurig sei es, daß auf der Mannheimer Versammlung selbst der Kurator der Bonner Universität, die ehemalige rechte Hand des Fürsten Bismarck, (Weheimat von Rottenburg, mit Hobu ein „Sozialmoralist“ genannt wurde, weil dieser Mann seine sozialpolitische Ueberzeugung aussprach, die den Unternehmern nicht behagte. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei nicht bloß eine Forderung der Ar-beiter, sondern der deutschen Nation, ja der ganzen Kul-turwelt. Mögen Sekretäre und Unternehmer noch so sehr über uns spotten und uns verhöhnen, wir erachten es für unser Recht, ja für unsere soziale Pflicht, die Verkürzung der Arbeitszeit auf gesetzlichem Wege zu fordern. Sollte es nicht gelingen, diese Forderung durchzusetzen, dann hat das Zeitalter der Maschinen für die Menschheit keinen Segen.“

Prof. Dr. Bernhardt (Polen) meinte: Es bedürfte einer achtzigjährigen Erfahrung, um festzustellen, daß ein Mensch, der ausgeschlafen, leistungsfähiger sei als ein abgearbeiteter. Der Maximalarbeitsstag hat seinen Schrecken verloren. Aber in den modernen Bankkassen einem diskreten Institut, habe ich gelernt, mißtrauisch zu sein, wenn plötzlich die Spannung verschwindet. Dann sind nämlich die Schwierigkeiten nur anders plaziert. Nicht mehr Arbeitszeit und Arbeitslohn sind so sehr entscheidend, sondern die Organisation, die Verbilligung des Arbeitsprozesses, die Lohnungsmethode, die Kontrolle der Einzelarbeit. An Stelle der Brutalität ist das unheimliche Wohlwollen der Macht getreten. Der Arbeiter der heute solch ein Aufseher wird, wird ein Lump — man braucht nicht an Vesteckung zu denken, nicht etn-mal an Diäten, sondern nur an die unheimliche Sicher-heit des Kapitals über jeden, der in seine Nähe kommt. Als den Berliner Vorkämpfer ein Regierungskommissär eingesetzt wurde, sagte ein kluger Bankdirektor mit ruh-igem Blut: „Entweder er ist dumm, dann merkt er nichts oder wir haben endlich den Bankdirektor, den wir brauchen.“ Diesen Dingen stehen wir wortlos gegenüber. Wie soll das enden? Ich weiß es nicht; aber eine Fragestellung ist manchmal furchtbarer als eine definitive Antwort.“

Wenn derartige Konferenzen und Kongresse auch keinen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben so erfüllen sie doch eine dankbare Aufgabe, indem sie der Gesetzgebung die Wege ebnen durch Klärung der öffentlichen Meinung und Beseitigung der Vorurteile.

In diesem Sinne begrüßen wir es, wenn Instanzen wie der evangelisch-soziale Kongreß sich mit solchen Problemen befassen. Wir möchten bloß wünschen, daß nicht die Anschauungen des Referenten, sondern die nach-folgenden Redner die eigentliche Stimmung des genann-ten Kongresses wiedergegeben haben.

Daß Saisonarbeit kein Hindernis für Maximal-arbeitszeit sein kann, beweisen die Bauarbeiter, die in den meisten Fällen eine 10 oder auch schon eine zehnstün-dige Arbeitszeit haben. Dagegen unsere nicht von Wind und Wetter der Saison abhängen Feiner- und Hütten-arbeiter müßte man zu, 24 oder gar 36 Stunden zu arbeiten.

Bestere werden deshalb so in ihrer Kraft ausgebeutet, weil sie nicht die Kraft haben, so leicht von ihrem Kapitalgewaltigen Hüften eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen, als die ersteren, trotzdem dieselben Saisonarbeiter sind.

Gerade diese Beispiele beweisen, daß die Argumente der Gegner eines gesetzlichen Maximalarbeits-tages hin-fällig sind.

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung.

Biel wurde seither über die englischen Gewerkschaften geschrieben, wodurch allgemein ihr Wesen, ihre Ziele und ihre Praxis bekannt geworden sind, weniger ist dies bezüglich der amerikanischen Gewerkschaften der Fall. Eine interessante Darstellung über den gegenwärtigen Stand der amerikanischen Gewerkschaften bringt Nr. 5 des „Reichsarbeitsblattes“. Darnach reichen die Anfänge dieser Bewegung bis in das erste Viertel des vorigen Jahrhunderts. In den sechziger Jahren ver-suchte man die einzelnen Vereine in eine gemeinsame Organisation zusammenzufassen, die aber nur von kurzer Dauer war. Im Jahre 1869 wurde der Orden der Knights of Labor (Ritter der Arbeit) gegründet, der in den achtziger und neunziger Jahren seinen Höhepunkt erreichte, jetzt aber wieder im Schwinden begriffen ist, da er zur Zeit kaum 100 000 Mitglieder zählt und keine berufliche Gliederung besitzt. 1881 wurde in Pittsburg von 96 Gewerkschaftsdelegierten die Amerikan Federation of Labor gegründet, die schon im ersten Jahre 95 Vereine mit 262 000 Mitgliedern umfaßte. Heute ist diese Organisation die stärkste in Amerika, denn sie zählte im vergangenen Jahre 1 513 200 Mit-glieder. Im ganzen giebt es heute in Amerika 1 943 278 in gewerkschaftlichen Organisationen zusammengeschlossene Arbeiter. Entgegen der Organisation der Knights of Labor ist die Federation auf dem Prinzip der Be-rufverbände aufgebaut. Sie sind 118 Zentralverbände angeschlossen die rund 23 500 Lokalgewerkschaften um-fasse. Diese bauen sich wiederum auf in 604 örtlichen gewerkschaftskartellen und 33 Landesverbänden, daneben bestehen noch 1500 lokale Vereine, die noch keinen Ver-band gebildet haben und der Federation of Labor direkt angeschlossen sind. Die bedeutendsten Verbände innerhalb derselben sind der Bergarbeiter mit 261 900 und der Zimmerer-Verband mit 143 200 Mitgliedern, dann folgen die Fuhrleute mit 78 300, die Maler, die Handlangere, die Maschinisten und Drucker die je etwa 50 000 Mitglieder zählen. Die Metallarbeiter sind in einer Reihe spezieller Berufsverbände organisiert, die Gesamtzahl beträgt ca. 190 000 Mitglieder. Seit dem Jahre 1900 haben sich die Gewerkschaften mächtig entwickelt. In diesem Jahre betrug die Zahl der Mit-glieder, die der Federation angeschlossen, 548 321; 1903 1 465 800; 1904 1 676 200; 1905 1 513 200. Es war gegen das Vorjahr ein Rückgang von 163 000 zu verzeichnen. Der Grund hierfür soll in den vielen mißglückten Streiks des vorigen Jahres zu suchen sein. Die Federation war an 1157 Streiks beteiligt, wofür 2,5 Millionen Dollars (10 Millionen Mark) ausgegeben wurden.

Das Unterstützungswesen ist bei den ame-rikanischen Gewerkschaften Zentralverbänden noch nicht sehr ausgebildet. Die Arbeitslosenunterstützung haben nur wenige von ihnen (15) eingeführt. Eine Unter-stützungssart, die man bei uns nicht kennt, ist die Werk-zeugversicherung, die allerdings nur vier Verbände ein-geführt haben. Die der Federation angeschlossenen Verbände zahlten 1905 an Unterstützungen insgesamt 1 503 316 Dollar, davon entfielen auf Beerdigungskosten 742 421, auf Krankenunterstützung 582 874, auf Ar-beitslosenunterstützung 85 050, auf Reiseunterstützung 62 989, auf Witwenunterstützung 24 800 und für Werk-zeugversicherung 5 180 Dollar. Die kräftige Entwicklung kommt recht deutlich zum Ausdruck. Die Einnahmen der Federation of Labor betrugen im Jahre 1900 71 126, dagegen 1905 207 419 Dollar. Sie war in den beiden Vorjahren noch höher gewesen, nämlich 220 995 Dollar im Jahre 1904 und 247 803 Dollar im Jahre 1903. Die Ausgaben betrugen im Jahre 1900 68 373, 1905 196 170, in den Vorjahren 1903 203 991 und 1902 196 016 Dollar.

Neben diesen Organisationen, der Knights of Labor und der American Federation of Labor bestehen noch starke Verbände für das Eisenbahnpersonal, die 1905 ca. 2 35 000 Mitglieder zählten und 4 662 186 Dollar an Unterstützung verausgabten. Ein wichtiger Voraug hat sich im vorigen Jahre innerhalb der amerikanischen Gewerkschaften abgepielt. Eine Reihe von Verbänden, darunter einige Ortsgruppen der Fed-eration hat nämlich beschlossen, neben diese eine zweite Landeszentrale der organisierten Arbeiterschaft zu gründen. Auf dem hierzu Ende Juni in Chicago abgehaltenen

Kongreß waren 16 Organisationen mit 51 430 Mitgliedern durch 70 Delegierte vertreten. Die neue Gebilde gab man den Namen „Industrial Workers of the World“. Durch den sozialistischen Charakter den sie trägt, steht sie im Gegensatz zu der Federation of Labor. Durch ihre Gründung wurde auch der Weg zur politischen Betätigung der gesamten amerikanischen Arbeiterchaft gegeben.

Der Handelsminister Dellbrück und die christlichen Gewerkschaften.

Es scheint, daß die Kritik des Herrn Ministers an den christlichen Gewerkschaften entweder von gemisser Seite übertrieben oder jetzt abzuschwächen versucht werden. So schreibt die R. Wksztg.:

„Der amtliche stenographische Bericht über die jüngste Rede des Ministers im Herrenhaus liegt vor. Er enthält die bereits zitierten Einschränkungen, „nicht immer“ deckt sich die Art, wie die christlichen Gewerkschaften ihre Ziele verfolgten, mit dem Kaiserhoch und „nicht immer“ sei seines Erachtens die Agitationsweise der christlichen Gewerkschaften eine „einwandsfreie“. Eine weitere Abmilderung der Schärfe des ursprünglichen Urteils liegt in dem entschuldigenden Hinweis des Ministers, daß er sich verpflichtet halte, bei dieser Gelegenheit ausdrücklich auf die im vorhergehende Vorwurf begründete Gefahr hinzuweisen, gerade weil er „im Prinzip den christlichen Gewerkschaften nicht unfreundlich gegenüberstehe“. Dieser Satz war auch in dem Bericht der Köln. Ztg. nicht enthalten. Wir nehmen bereitwilligst Notiz davon, daß die Rede des Ministers im amtlichen stenographischen Bericht eine wohlwollendere und freundlichere Tendenz für die christlichen Gewerkschaften zeigt, als unser erster Drahtbericht und auch jener der Köln. erkennen ließ. Unser Bedenken, die wir im Anschluß an den ursprünglichen Wortlaut äußerten, werden damit ganz erheblich abgeschwächt. Wir wünschen nur, daß auch die Untergebenen und Freunde des Ministers an der Saar nicht durch Taten den freundlicheren Worten des Ministers widersprechen.“

Uns ist überhaupt nicht recht klar, was der Herr Minister mit seiner Kritik hat bezwecken wollen, insbesondere über das Kaiserhoch welches oft christliche Gewerkschaften ausbringen. Wir sollten meinen, ein Minister würde es nur lobend finden, wenn Arbeiter noch ein Hoch auf den Landesherrn ausbringen; inwiefern in Deutschland die Zahl der Arbeiter welche dieses noch tun, nicht allzugroß ist. Durch jene Kritik wurde nur den Scharmachern und den Sozialdemokraten eine Freude bereitet, zum Schaden des monarchischen Gedankens. Im übrigen gehen die christlichen Gewerkschaften ihren Weg weiter. Weder Lob noch Tadel wird sie aus dem Gleichgewicht zu bringen vermögen. Sie sind um ihrer selbst willen da, nicht um die Gunst anderer Kreise zu erhaschen. Wer uns nicht will, dem steht es ja frei, sich die sozialdemokr. Gewerkschaften „als das kleinere Uebel zu erklären.“

Daß im preussischen Herrenhaus wo man sonst im allgemeinen nicht viel für die Arbeiter erwartet, auch noch Stimmen laut wurden, zu Gunsten der christlichen Gewerkschaften, beweisen die Grafen Oppersdorf und Hohenthal.

Ersterer erklärte entgegen der Rede des Ministers Dellbrück:

„Ich möchte nun noch auf eines aufmerksam machen, nämlich darauf, daß die christlichen und füglichsten Arbeiter vielfach zu wenig berücksichtigt und unbedacht werden. Man kümmert sich nicht um ihr Dasein und ihre Tätigkeit, um ihre Generalversammlungen und um alles das, was dort vorgeht, auch darum nicht, daß gerade sie auch das geheime Wahlrecht fordern. Das ist sehr zu bedauern, da die christlichen Arbeiterorganisationen mitten drin stehen und wissen müssen, was ihnen gut tut, und ihr Programm auf Königstreue, Vaterlandsliebe und Christentum beruht.“

Ich bitte, über die christlichen Arbeitervereine noch ganz kurz etwas sagen zu dürfen. Man begegnet oft dem Vorwurfe, sie stellten unerfüllbare Forderungen auf. Damit will man auch die Ablehnung ihrer Forderung des geheimen Wahlrechts begründen. Dieser Vorwurf ist nicht haltbar und unbillig. Es ist keine politische Partei in Deutschland, die nicht schon unerfüllbare Forderungen gestellt hätte. So hoch kann man nicht vorgehen.“

Graf Hohenthal, der Kammerherr Ihrer Majestät der Kaiserin sagte u. a.:

Der Grund, daß sie, die christlichen Gewerkschaften, in ihrem Programm auch Punkte haben, die mit den Wünschen der Sozialdemokratie übereinstimmen, daß sie ferner in ihren Forderungen unerfüllbare Wünsche bergen, ist meines Erachtens nicht hinreichend, um einen

Mangel an Interesse für diese Bestrebungen zu begründen, denen ich den besten Fortgang wünsche. Meine Herren, man muß doch bedenken, daß es in unserer Zeit wirklich keine Kleinigkeit ist, wenn eine große Arbeiterorganisation sich unbedingt auf den nationalen, patriotischen, christlichen Standpunkt stellt und trotz der Sozialdemokratie, die sie lebhaft angreift an den monarchischen Glauben festhält. Ich möchte deshalb dem Wunsche Ausdruck geben, daß sowohl die königliche Staatsregierung als alle diejenigen Personen, die einen Einfluß auf diese Organisationen gewinnen können, diesen mit Wohlwollen und mit Interesse entgegenkommen und ihnen möglichst förderlich sind.

Wären diese Worte an manchen Stellen beherzigt und zum Nachdenken anregen.

„An die Adresse der christlichen Gewerkschaften.“

Seit der Rede des preussischen Ministers Dellbrück im Herrenhause, wird sich vielseitig bemüht, den christl. Gewerkschaften den „guten Ton“ und sonstiges Wohlverhalten heizubringen. Unter obiger Epigramme wird der Köln. Wksztg. geschrieben:

„Die Erörterungen, welche sich an die Herrenhausrede des Handelsministers Dellbrück in der bürgerlichen Presse knüpften, haben zur Genüge bewiesen wie großer Sympathien sich die christlichen Gewerkschaften erfreuen. Um so mehr dürfte die Leituna der christlichen Arbeiter aneneiat sein, autgemeinte Wünsche, die in bürgerlichen Kreisen manchmal laut werden, im eigenen Interesse zu berücksichtigen. Verfasser hat insbesondere die Verhältnisse auf dem Lande im Auge. Dort hat die Gewerkschaftsbewegung im ganzen nur langsame Fortschritt gemacht, in manchen Gegenden ist sie zurückgebrängt worden. Es fragt sich, ob die Agitation hier nicht zum Teil fehlerhaft gewesen ist, indem sie die ländlichen und örtlichen Verhältnisse zu wenig berücksichtigte. Das scharfe Geschütz, das man in der Großindustrie manchmal aufzufahren genötigt ist, darf hier nicht, jedenfalls nicht von vornherein und ohne hinreichenden Grund, zur Anwendung kommen. Man soll nicht gleich in der ersten Versammlung die Arbeitgeber vor den Kopf stoßen. Ein Kapitel in der Rede des Gewerkschaftssekretärs lautet: gewöhnlich: „Mißstände in den hiesigen Betrieben.“ Die Betriebsleitung hört hier von manchen Klagen zum erstenmal, jedenfalls sieht sie innere Angelegenheiten vor breiterer Öffentlichkeit durchgesprochen. Ist es da nicht menschlich, wenn sie auf die Gewerkschaft und den zugereisten Beamten nicht gut zu sprechen ist? Man spare sich diese unangenehmen Dinge für private Vorstellungen etwa seitens des Leiters der neugegründeten Zahlstelle. Als Köder für die Propaganda hat die Gewerkschaft sie doch sicher nicht notwendig. Sie bietet den Arbeitern sonst doch Vorteile genug. Mit zu weitgehender Schärfe gegen den Arbeitgeber macht man die Arbeiter gewöhnlich nur scheu. Die wenigen, welche beitreten, können auch leicht gemahregelt werden. So verläßt manche Gründung im Sande und hinterst ist nichts, als Aerger und Unzufriedenheit. Auch mit der Verteilung von Flugblättern auf dem Lande sei man vorsichtig. In einer Gründungsversammlung erschien der entiaante Redner mit einem Flugblatte, das auf andere Gegenden passen mochte, für die betreffenden Verhältnisse aber maßlose Uebertreibungen enthielt. Nur dem energischen Widerpruche des anwesenden Geistlichen gelang es, die Verteilung zu verhindern. In der Versammlung vermeide man ferner jede persönliche Spitze, weil sie in kleinen Verhältnissen viel verlegend wirkt. Kommt es einmal zu Konflikten, so möge man auch an den Zentralstellen etwas Nachsicht üben. Die ländlichen Betriebsleiter sind in sozialpolitischer Beziehung noch wenig erfahren. Mit einem Tropfen Honig fängt man da auch mehr Fliegen, als wenn man ein ganzes Faß Essig ausschütet. Auf die Klage eines Arbeiters hin sandte ein höherer Gewerkschaftsbeamter der Betriebsleitung eine schriftliche Vorstellung. Obwohl der Fall noch ziemlich ungeklärt war, schlug der Brief sofort einen schroffen, geradezu drohenden Ton an. Der Verwalter zeigte den Brief seinen Arbeitern und der größte Teil trat daraufhin aus der christlichen Gewerkschaft aus. Es liegt im Interesse der Sache selbst, wenn solche Fehler offen zugestanden und dann verbessert werden. Wenn die christl. Gewerkschaften aufs Land kommen, so sind sie hochwillkommen. Mögen sie aber einen recht verständigen Sinn mitbringen und mit ortskundigen Personen enge Rührung suchen. Da bel werden sie selbst und ihre Sache am besten fahren.“

Die Zuschrift ist ja gewiß wohlgemeint und hier und da mögen auch von seiten einzelner christlicher Agitatoren oder Mitglieder Mißgriffe vorkommen; aber so zahlreich sind sie nicht, daß darauf die vielfach vor-

handene Antiposität gegen die christlichen Gewerkschaften zu erklären sei. Auch wenn dieselben in Filippantosen und Sammetpföfchen auftreten, würde es nicht anerkennen. Außerdem ist es ja nicht Schuld der Gewerkschaften, daß die Arbeiter nicht besseren „Ton“ und „Umgangformen“ haben.

Die Gesellschaft hat ihnen eben keine bessere Stellung beigebracht, deshalb muß sie die Arbeiter, auch in der rauhen Außenseite hinnehmen. Es ist vielleicht fast gar gut so, daß unser Arbeiterstand nicht verstimmt sondern noch erwünschte Kraft in sich trägt. Wenn anders wäre, würden sich vielleicht kaum noch Männer finden, welche die schwere aufreibende Arbeit, des Berg- und Hüttenarbeiters zu übernehmen gewillt sind.

Ueber die politische Tagespresse in Württemberg

fällt das Münchener kath. Arbeiterorgan folgenden weisende Urteil:

Die politische Tagespresse in Württemberg hat für die christliche Arbeiterbewegung im allgemeinen nicht viel Raum übrig. Manche, auch katholische Blätter, begnügen sich damit, ihren Lesern kurz mitzuteilen, daß da und dort ein großer Streik ausgebrochen, daß diese oder jene gesetzliche Maßnahme die dem einzelnen Arbeiter vielfach fern liegt, zugunsten der Arbeiter getroffen worden sei. Und doch wäre es dringend zu wünschen, daß auch gelegentlich agitatorisch geschriebene Artikel in den Tagesblättern zugunsten der kath. Arbeitervereine und der christl. Gewerkschaften zu finden wären. Ein Beispiel vor mir liegt ein Blatt, welches berichtet, daß der Burbacher Hütte im Saargebiet 1300 christlich organisierte Arbeiter in den Ausstand getreten seien. Punktum; fertig! Man sollte meinen, ein Redakteur müsse wissen, daß diese Leute um ihr ureigenes Recht, um ihr Koalitionsrecht kämpfen. Wäre es in solchen Fällen nicht angezeigt, ein kräftiges Wort für die Arbeiter einzulegen? Würde das einer Tageszeitung, die fürs Volk geschrieben sein will, schaden? Wenn man die Tagespresse, auch die katholische, (von verschwindenden Ausnahmen abgesehen) verfolgt, so kommt man zu dem bedauerlichen Resultat, daß wohl auf sehr wenig Redaktionen die christliche Arbeiterpresse Eingang gefunden hat. Es kommt es, daß man auf „fiktometerlange“ Berichte von Landwirtschaftskammern usw., die selbst wege ihres Umfanges wohl kaum von den Bauern gelesen werden, stößt; die Arbeiterbewegung und Arbeiterfrage wird aber um so stiefmütterlicher behandelt. Die sozialdemokratisch geinnte Arbeiterchaft hat eine mächtige Waffe in ihrem Organ. Freuen wir uns, wenn wir das auch von allen katholischen oder bürgerlichen Blättern sagen könnten; dem ist jedoch nicht so. Es wäre mancherorts, sofern die Lokalpresse auch nur einen Funken sozialer Aufklärung verbreiten wollte und würde, unmöglich, daß die freien Gewerkschaften in Württemberg so rapid Fortschritte machten und selbst in Orten mit gut christlicher und kath. Arbeiterschaft das Heft in die Hand bekommen könnten und würden. Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland ist schon längst aus den Kinderstühlen herausgewachsen und doch gibt es noch Hunderte und Tausende katholischer und christlicher Arbeiter, welche noch nicht einmal wissen, was ein kath. Arbeiterverein ist, welche Aufgaben und Ziele er verfolgt; welche nicht wissen, wie die christl. Gewerkschaften arbeiten, zusammengesetzt sind usw. Die Arbeiterpresse erreicht diese Leute nicht; die politische Tagespresse aber wird gehalten und gelesen. Darin kommt aber nicht, was der Arbeiter von heute wissen soll und muß. Unwissenheit der christlichen Arbeiter über ihre Standes- und Interessenvertretung ist der Vorläufer der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Die Presseverhältnisse bedürfen mancherorts dringend der Besserung; die christliche Arbeiterchaft verlangt auch in dieser Beziehung gleiches Recht für alle. Eine Tageszeitung, die einwandsfrei geschriebene Artikel und Notizen aus christlichen Arbeiterkreisen daher mit Rücksicht auf den übrigen Leserkreis nicht aufnimmt, wird mit der Zeit damit rechnen müssen, daß ihr von seiten der christlich organisierten Arbeiterchaft auch das so notwendige Gegenkommen verweigert wird. Manche Streit und Kampf, der beiden Teile tiefe Wunden schlägt, könnte vermieden werden, wenn die Tagespresse ihre Leser mehr über die Entwicklung unserer Wirtschaftsverhältnisse unterrichten und auf dem Laufenden erhalten würde — Pflicht der christlich gesinnten Arbeiterchaft ist es andererseits, die ihr wohlwollend gegenüberstehende und entgegenkommende Presse mit allen Mitteln zu unterstützen.

Nur dann wird sich ein richtiges, im Interesse der ganzen Bewegung liegendes Verhältnis zwischen Tagespresse und Arbeitererschaft herausbilden."

Wir können uns dieser Kritik nur voll und ganz anschließen. Nirgends wird die Eigenbrödelerei größer getrieben, als in Württemberg, insbesondere Stuttgart. Einen besonderen Tadel verdient die dortige Zentrums-Presse. Zur Illustration diene folgendes:

Die sozialdemokratische Fränkische Tagwacht in Stuttgart brachte über den Burbacher Streik die verlogenen Berichte und Angriffe gegen den christlichen Metallarbeiterverband.

Zur Abwehr und Richtigmstellung wurde am das Zentrumsorgan in Stuttgart ein dementsprechender Artikel eingeleitet — aber — Aufnahme fand derselbe nicht — es war kein Raum vorhanden. —

Desgleichen liegen sich daselbst fast ständig Gefellens- und Vereine mit den christlichen Gewerkschaften in den Haaren; bald ist es wegen einem Agitationsausflug, den die Gewerkschaften nicht machen sollen, bald ist es etwas anderes, aber für Stoff zu etwas Reibung wird immer gesorgt.

Mittlerweile liegen die Verhältnisse geradezu hofflos in dem guten Schwaben, und werden von den Sozialdemokraten verschlungen. Das alles schadet aber scheinbar nichts, es wird weiter gewurstelt.

Wir können unsere Kollegen nur dringend auf-fordern, hier einmal gründlich Wandel zu schaffen. Eine Presse, die Euch so schief behandelt, verdient eure Unterstützung nicht und wenn alles Zutreden nicht mehr hilft, kündigt ihr das Abonnement. Das ist das einzige Mittel, um an gewissen Stellen einmal zum Bewußtsein zu bringen, daß auch christliche Arbeiter sich nicht für ewige Zeiten als Aschenbrödel behandeln lassen.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit

gibt die Ortsverwaltung München des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes monatlich ein Blättchen mit dem Titel „Lokale Mitteilungen“ nur für die Mitglieder heraus, das mit einem schwing-schwingen Inseratenbettel Geschäfte machen und jeden-falls das von der vorjährigen Aussperrung her-rührende große Loch in der Volkstasche gern wieder-füllen möchte. In der letzten Nummer dieses Blät-chen, das uns durch Zufall in die Hände geriet, wird nach Genossenmanier gewaltig gegen die Christ-lichen gedonnert, weil die es gewagt haben, im „Münchener Tagblatt“, das von dem roten Artikel-schreiber zum „Organ des christlichen Metallarbei-terverbandes“ gestempelt wird, einigen „genialen“ Genossenführern hier und da auf die Finger zu klopfen, wenn diese Leute es mit der Heze gegen die christlichen Arbeiter zu bunt getrieben haben. In diesem Blättchen, also hinter den Kulissen, sucht man auch den Vorwurf der Verleumdung und Ehr-abschneiderei, der im „Münchener Tagblatt“ gegen die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiter-verbandes erhoben wurde, mit sogenannten „Beweis-ten“ zu widerlegen. Warum geschah dieses nicht öffentlich in der „Münchener Post“, wo auch die Beschuldigungen gegen die Christlichen vom Zaun-gebrochen wurden? Diese Frage haben sich die roten Metallarbeiter schon selbst gestellt und auf eine diesbezügliche Anfrage soll Herr Schinger in einer Versammlung geantwortet haben, die Redaktion der „Münchener Post“ habe davon abgeraten. Das läßt tief blicken, ist aber sehr begreiflich, wenn man in dem Inseratenbettelchen sich die „Beweise“ gegen die Christlichen näher ansieht; das sind nämlich nur „alle Kamellen“, die schon hundertmal als Lügen und Verdrehungen nachgewiesen sind. Zu verwun-dern ist's, wenn in dem Artikel nicht wieder darüber lamentiert wird, daß sich die christlichen Metallar-beiter für die evtl. Aussperrung ihre Stellungnahme vorbehalten hatten. Man hat nachher jedenfalls den Usitan selbst eingesehen, der darin gelegen ist. Denn daselbst hatten die roten Metallarbeiter auch ge-lesen oder sogar noch mehr. In einer außerordent-lichen Mitgliederversammlung im Kind-Keller, wo von den angeblichen 5000 Mitgliedern aber kaum ein Sechstel, noch keine 800 erschienen waren, ist nämlich von Herrn Schinger, nachdem er in be-reglichen Tönen über den schlechten Besuch und das geringe Interesse an der gut'n Sach' gejamert hatte, die Anweisung gegeben worden, sich bereit zu halten, die Parole würde erst im letzten Moment durch die Vertrauensmänner ausgegeben, und er hat sogar weiter noch davon gesprochen, daß im ge-gebenen Falle ein von den Unternehmern vorge-legter Revers von den Mitgliedern des deutschen Me-tallarbeiterverbandes unterschrieben werden sollte. Das hat man von christlicher Seite den Mitgliedern noch nicht zugemutet. Wozu also der Lärm? Der christliche Verband hat es auch noch nicht not-wendig gehabt, eine eigene Spezialversammlung für „unabhängige Mitglieder“ abzuhalten, wie es der

sozialdemokratische Verband zu tun gezwungen war, um die wankelmütigen Schäflein der gut'n Sach' zu erhalten, was dem Herrn Schinger aber trotz seiner Zungenfertigkeit nur zum Teil gelungen ist. Wo hübsch vor der eigenen Türe lehren, da liegt Unrat genug. Mit dem Geschrei über die Christ-lichen sucht diese Sorte von „Führern“ ihre eigenen Schwächen und arbeiter-schädigenden Manöver zu verdecken und die Massen zu täuschen. Nachgerade gelingt dieses aber nicht mehr überall, sondern nur noch bei denen, die nicht alle werden. Metallar-beiter aller Branchen! Wollt ihr eure Interessen ohne politische Hintergedanken, unbeeinflusst von De-magogentrüben sogenannter Führer, vertreten, dann kann es nur eins für euch geben: Hinein in den christlichen Metallarbeiter-Verband!

Der Generalstreik hinter den Coulissen.

Die Idee des politischen Generalstreiks hat den Genossen schon viel Kopfschmerzen und Linten-schwärze gekostet; grimmig, wie Berserker, führen die Gegner gegeneinander los, wenn zuletzt auch keiner zu sagen wußte, wie das Ding ausfah, oder wie es zu inszenieren sei. Bebel äußerte auf dem Parteitag in Jena (Seite 308 des Parteitag-Prö-wollis):

„Selbstverständlich kann davon nicht die Rede sein, daß, wie man auch häufig hört, der General-streik urplötzlich über Nacht kommen müsse, daß man nicht über ihn reden dürfe. Eine große sozial-demokratische Partei wie wir kann keine Geheimpoli-tik treiben. (Beifällige Zustimmung). Die muß am offenen Tage kämpfen. (Erneute Zustimmung.) Wie wollen wir denn die Massen eines Tages in der Hand haben, wenn wir sie nicht moralisch, geistig, in unsere Gewalt gebracht, ihre Begeister-ung, ihr Vertrauen erweckt haben, damit wir ihnen sagen können: Jetzt gibt es keinen anderen Weg mehr, jetzt in den Klassenkampf hinein, und wenn ihr eure Schuldigkeit tut, so siegen wir. (Beifäl-lige Bravo!)“

Inzwischen scheint den Herren der Boden doch zu heiß zu werden; hinter den Coulissen haben sich inzwischen die Dinge anders abgespielt, wie es jetzt allmählich durchsickert. Bei Gelegenheit einer Konfe-renz der freien Zentralvorstände am 19.—23. Fe-bruar d. J. im freien Gewerkschaftshause zu Ver-lin, wurde auch über das Verhältnis der Partei zur Gewerkschaft und den politischen Massenstreik ein-gehend verhandelt.

„Die Einigkeit“, Organ der Lokalorganisierten plaudert jetzt einiges aus der Schule. Darnach sagte Legien über das Verhältnis über Partei und Ge-werkschaften:

„Dem Wunsche, daß über große Aktionen eine Verständigung zwischen Parteivorstand und General-Kommission stattfinden möge, ist schon längst Rech-nung getragen.“

Legien redet dann weiter von den „Verhand-lungen“, die in steigender Häufigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft stattfinden.

Nach Legien machte Silber-schmidt folgende Mit-teilungen:

„Nach diesen Vorbemerkungen bleibt mir ja nur übrig, das wiederzugeben, was als persönlicher Vor-schlag von Bebel der Konferenz vorlag. Ich schickte voraus, daß die anwesenden Mitglieder der Gene-ralkommission gegen diesen Vorschlag nichts ein-gewendet haben. Die Generalkommission war nicht vollzählig, es fehlten einige Mitglieder; Sassenbach war durch Krankheit verhindert, Cohen und Schu-mann geschäftlich. Nach einer eingehenden Diskus-sion, in der beide Teile ihre Ansichten aussprachen, erklärte Bebel, daß er sich die Sache so vorstelle, daß die Partei ebenfalls alle Ursache habe, den poli-tischen Massenstreik, wenn irgend möglich, zu ver-hindern. In Deutschland lägen die Verhältnisse so, und besonders in Preußen — letzteres sei ein ganz besonderer Staat, wie er in der Welt kaum wieder vorkäme —, daß eine glückliche Lösung des poli-tischen Massenstreiks nicht gut möglich sei. (Hört! hört!) Es sei daher der Parteivorstand auch schon in der letzten Zeit allen derartigen Versuchen, einen Streik in Szene zu setzen, entgegengetreten (Erneutes hört! hört!), so in Sachsen, ebenso in Hamburg und Preußen, von wo bestimmte Vorschläge kamen, und insbesondere in Berlin. Es sei Auffassung des Par-teivorstandes, daß nach Möglichkeit der Inszenier-ung eines politischen Massenstreiks entgegenzuwirken sei. Sollte aber aus irgend einem Grunde dennoch ein solcher Streik ausbrechen oder nicht zu verhin-dern sein, dann setze er voraus, daß sich die Ge-werkschaften an einem solchen politischen Massen-

streik offiziell nicht beteiligen (Hört! hört!), sondern daß es Sache der Partei bleibe, daß also die Partei den politischen Massenstreik zu führen habe; selbst-verständlich dürften ihr die Gewerkschafts-genossen nicht hindernd in den Weg treten, das heißt, es dürfte nicht offiziell Stellung dagegen genommen werden, sondern die Genossen müßten, wie es die Taktik und Disziplin erfordere, für die glückliche Durchführung eines solchen Streiks wirken. Weiter setze er vor-aus, daß, falls der Streik unvermeidlich sein sollte, aus Gründen, die aus den gegebenen Verhältnissen herauswachsen, auch die gewerkschaftliche Presse nicht entgegenwirkt. Später haben wir diese Frage klar-gestellt, und gefragt, ob die Meinung vorhanden sei, daß die gewerkschaftliche Presse vor dem vielleicht ausbrechenden politischen Massenstreik ihre freie Ur-sicht nicht äußern dürfe. Es wurde geantwortet, daß sowohl die Gewerkschafts-Presse als auch die Partei-Presse vollständig frei seien und lediglich aus Grün-den der Disziplin im Augenblick des Ausbruchs und während des Kampfes nicht dagegen Stellung neh-men sollen. Weiter geht die Ansicht von Bebel dahin, daß, falls ein solcher Streik ausbricht, seine Unter-stützung und seine Folgen lediglich Sache der Partei sein sollen.“

Bebel erklärt also, die Folge eines Generalstreiks werde in Preußen sicher eine Niederlage sein. In diese sichere Niederlage aber will er die Arbeiter führen.

Das Narrenspiel ist hier bloßgelegt. Hier kann man nur zustimmen, wenn „die Einigkeit“ der so-zialistischen Gewerkschaften, die dies Räntenspiel Babels aufdeckt, wie folgt ausruft:

„Arbeiter Deutschlands! wenn jemals geflügelte Worte Sinn und Bedeutung haben, dann dürfte es jetzt mehr denn je am Platze sein, sich des Aus-spruchs zu erinnern: „Achtet auf eure Tribunen!““

Für die christlichen Arbeiter sind diese Enthül-lungen umsomehr Veranlassung, auf ihrer Hut zu sein, den freien Gewerkschaften den Rücken zu kehren. die so offenbar die Gewerkschaftsbewegung nur den politischen Straßenputzchen ausliefern wollen, zum Schaden der Arbeitererschaft selbst.

Stärkt die christlichen Gewerkschaften dann wird das Räntenspiel der Genossen durchkreuzt werden, zum Segen des ganzen Arbeiterstandes.

„Der schwarze Metallarbeiterverband im Saargebiet.“

Unter dieser Überschrift bringt die „Metall-arbeiterzeitung“, Organ des freien Verbandes, einen Artikel über den Kampf im Saargebiet, welcher sei-nen Weg auch in die sonstige soziald. Presse gefun-den, der zwischen jeder Zeile den ungeheuren Jörn und Ingrimm der betäubten Bohrer beträgt, de-nen die Felle fortgeschwommen sind.

Auf uns kann der Erguß nur belustigend wir-ken, haben deshalb keine Veranlassung, auf alle die Lügen und Entstellungen weiter einzugehen, fintelmalen wir uns ja in der Rolle des lachen-den Dritten befinden. Von einem Geständnis wol-len wir indessen Wörtz nehmen, nämlich: „daß es dem freien Verband nicht gelungen war, Mitglie-der zu werben und daß „die Freien gegenüber den Christlichen als harmlose Waisenkinder erschienen.“ Wir danken bestens für das Kompliment und wol-len das andere mit dem Mantel der Liebe zu-decken. Umsomehr als wir uns in die Gemüts-stimmung der hinausgeschwungenen Vöcker, Vorhölzer, lebhaft hineinendenken können. Für ihren Hereinkall unser tiefempfundenes „kollegiales“ Beileid. Einen Lapfus, welcher der „Metallarbeiterzeitung“ unter-laufen, richtig zu stellen, wollen wir uns indes noch herbeilassen. Am Schlusse des Artikels heißt es:

Der Vorsitzende Wieber erklärte in einer Versammlung am 8. Juni: „daß er nicht be-greife, wie die Industriellen des Saargebiets vor einem Phantom sich fürchten. — Wieber jagte zwar nicht, was er unter dem Phantom ver-standen wissen wollte — Gemeint kann er nur den schwarzen Metallarbeiterverband haben, denn der ist wirklich ein Phantom.“ —

Wieber hat wirklich gesagt, was er unter dem „Phantom“ verstanden wissen wollte, er hat seinen Ausführungen weder etwas davon zu nehmen noch hinzuzufügen. „Seine“ Hüttenarbeiter ha-ben ihn auch sehr gut verstanden. Wenn es dem Artikelschreiber böhmische Dörfer sind, wie zu „ge-lehrt“ vorgekommen, so wollen wir mit ihm nicht rechten, die „Geschmäder“ sind halt verschieden.

Aber von einem Irrtum müssen wir die Me-tallarbeiterzeitung“ kurieren. Im Saargebiet ist

nicht der Christliche Metallarbeiterverband, mit seinen tausenden von Mitgliedern ein Phantom, sondern der Schrecken der Herren Tille und Gewissen denen er nach eigenem Geständnis schwere Tage bereitet hat. Dagegen der große freie Metallarbeiterverband kann im Saargebiet nur als Phantom, als Schatten und „Trugbild“ in Betracht kommen, er verflügt scheinbar über ein einziges „Parademitglied“. Oder figurieren die anderen als Streikbrüder!!

Um Antwort wird gebeten.

Die Burbacher Hütte, das finanziell am glänzendsten fundierte Hüttenwerk in Deutschland.

Herr Syndikus Tille und die Arbeitgeberzeitung stellen fest, daß die Burbacher Hütte das finanziell am glänzendsten fundierte Hüttenwerk in Deutschland ist. Wir haben hieran keinen Augenblick gezweifelt, namentlich bei Durchsicht der Jahresabschlüsse und Dividendenverteilungen. Gern wollen wir diese Zugeständnisse festsetzen. Hoffentlich erinnert sich die Hütte auch ihrer glänzenden finanziellen Lage, bei der Lohnbemessung der Arbeiter. Daß die Hütte so glänzend steht, verdankt sie doch auch zum Teil ihren seitherigen Arbeitern, deren Lohn teilsweise sehr aufhebungsbedürftig war. Es ist gewiß mehr als Zufall, daß man den Arbeitern erst durch den Streik eine „Teuerungszulage“ und sonstige Lohn-erhöhungen bewilligte.

Herr Tille und die Arbeitgeberzeitung geben sich ans Rechnen, hierbei finden sie, daß bei 3000 Ausständigen wöchentlich 42 000 Mark notwendig gewesen sei. Die Rechnung stimmt schon, trotzdem würde es der christliche Metallarbeiterverband, der zirka Mark 200 000 verfügbares Vermögen besaß, schon eine Zeitlang ausgehalten haben, daran konnte auch der Rechenkünstler Tille nichts ändern.

Daß mit großen Hüttenwerken der Kampf schwerer ist, dieser Beweis braucht uns Herr Tille nicht erst zu erbringen, davon ist niemand mehr überzeugt, als die Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Aber sie wird auch nicht davor zurückschrecken, wenn es die Notwendigkeit erfordert.

Der neue „Allgemeiner deutscher Metallarbeiterverband“ (Sitz Berlin)

wie er sich nennt, hielt vor kurzem unter Beteiligung von etwa 800 Mitgliedern seine konstituierende Generalversammlung in Kellers Festhän ab. Eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung für die Richtung der neuen Organisation kam zunächst zur Entscheidung. Von zwei Seiten waren Anträge eingegangen des Inhalts, der neue Verband möge aus seinem Statut die Unterstützungsparagrafen ausschneiden, um nicht als Unterstützungsverband, sondern als reine Kampforganisation nach dem Muster der lokalistischen Gewerkschaften aufzutreten. Wiesenthal als Referent sprach sich gegen die Forderung aus. Der neue Verband sollte im wesentlichen den Grundsätzen des alten entsprechen, aber eine freiere Organisationsform haben. Die Versammlung lehnte auch mit großer Mehrheit die beiden Anträge ab und genehmigte den von der vorbereitenden Kommission vorgelegten Statutentwurf. Der erste Paragraph besagt folgendes: „Die Vereinigung führt den Namen „Allgemeiner deutscher Metallarbeiterverband“ und hat ihren Sitz in Berlin. Sie erstreckt sich über das Zollgebiet des Deutschen Reiches und hat den Zweck, die Ehre sowie die materiellen und geistigen Interessen der Mitglieder nach Maßgabe des Paragraph 15b der Gewerbeordnung zu wahren und zu fördern.“ Der wesentlichste prinzipielle Unterschied des neuen Verbandes von dem alten soll der sein, daß er nicht unter allen Umständen für den Abschluß kollektiver Arbeitsverträge ist, sondern nur dort, wo sie für die Arbeiterschaft günstig wirken.“ Der Beitrag wird je nach dem Verdienst festgesetzt für männliche Mitglieder auf 40 bzw. 60 Pfennig, für weibliche auf 20 Pfennig. Die Unterstützung der erwerbslosen Mitglieder soll höher werden als beim alten Verband, bei großen Streiks und Ausperrungen, die mehr als 10 Prozent der Mitglieder treffen, kann die Unterstützung herabgesetzt werden. Im Gegensatz zu dem alten Verband soll die Nachbefugnis des Vorstandes durch eine Beauftragtenkommission eingeschränkt werden. — Die Vorstandswahl ergab die Wahl von Wiesenthal zum ersten Vorsitzenden des Verbandes. Für den Ortsverein Berlin soll demnächst der Vorstand gewählt

werden. Schon in den nächsten Tagen soll mit der Agitation für den Verband in ganz Deutschland begonnen werden.

Der „Vorwärts“ begleitet diese neue Arbeiter-Organisationszerspaltung mit der Bemerkung:

Hoffentlich können die Anhänger Wiesenthals, da ihre Organisation auf Anerkennung in der modernen Arbeiterbewegung nicht rechnen kann, doch noch zu der Einsicht, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, den Schritt, den sie vielleicht in berechtigter Erbitterung getan haben, wieder zurückzugehen. Nur die einheitliche Organisation der Arbeiter ist in der Lage, den Kampf mit dem Unternehmertum erfolgreich zu führen.

Bisher hat leider der Verband nichts getan, um der Abspaltung vorzubeugen, Vermittelungen wurden zurückgewiesen und vereitelt. Dadurch ist zweifellos die Neugründung erleichtert worden, mit der man rechnete wie mit einer unabwendbaren Tatsache. Die Frage ist wohl berechtigt: Wie ist so etwas möglich?

Handelt es sich für den Verband wirklich bloß um eine Kleinigkeit, mit der zu rechnen man nicht nötig hat?

Daß diese neueste Gründung eine große Bedeutung erhält, ist ausgeschlossen. Wir nehmen bloß um dessen willen Notiz, um zu zeigen, welche Zustände im freien sozial. Lager herrschen. Ueberall, wo diese Leute nicht gegen die Christlichen gehegt werden können, bekämpfen und zerfleischen sie sich unter sich; nicht aufbauende positive Arbeit, sondern nur Kampf ist das Lebenselement auf jener Seite. Bei jeder Gelegenheit wissen die Sozialdemokraten nicht genug zu schimpfen über die christliche Arbeiterzerspaltung und doch waren hier prinzipielle Grundsätze die Ursache. Wie kleinlich stehen demgegenüber die sozialdemokratischen Gründungen, wo nicht Prinzipien, sondern nur persönliche Eitelkeiten und Rivalität die Ursache bilden. Die Sozialdemokraten hätten also allen Grund, zuerst dafür zu sorgen, daß Ordnung in ihrem eigenen Reichen herrsche und brutale Willkür ausgemerzt wird. Durch letztere Momente werden immer wieder die Abtrennungen hervorgerufen werden.

Es wird sich so bald zeigen müssen, ob der neueste „Allgemeiner deutscher Metallarbeiterverband“ auch in der Provinz Anhänger gewinnen kann. Unsere feindlichen Brüder haben einen Gegner mehr, womit sie sich herumschlagen können.

Der Messerschleiferverein in Solingen,

der seit langer Zeit im Kampfe mit dem freien Metallarbeiterverband gestanden, hat ein eigenes Organ: „Der Stahlarbeiter“ herausgegeben. Die Spitze richtet sich nicht allein gegen den Metallarbeiterverband, sondern auch gegen die sozial. Volksstimme, welche sich mehr und mehr auf die Seite des letzteren Verbandes gestellt hatte. „Der Stahlarbeiter“ soll die Gründung des Industrieverbandes für Solingen fördern, da nur Arbeiter der letzteren Industrie Aufnahme finden sollen. Die feindlichen Brüder werden sich in Solingen jetzt wohl noch mehr in die Haare geraten.

Der 17. internationale Bergarbeiterkongreß

welcher am 5. Juni und die folgenden Tage in London stattfand, verdient für uns insofern ein besonderes Interesse, als zum erstenmal Vertreter des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter Deutschlands daran teilnahmen.

Der Grund der diesmaligen Teilnahme christlicher Bergarbeiter ist wesentlich in der durch die Studienreise der deutschen nichtsozialdemokratischen Arbeiter und Sozialpolitiker erfolgten Annäherung mit den englischen Gewerkschaften zu suchen. Deutsche Schornacherblätter (Kölnische Zeitung etc.) fabulieren jetzt mal wieder, über zunehmende Mauserung der christlichen Gewerkschaften im sozialistisch-radikalen Sinne. Man verfolgt damit den Zweck, die christlichen Gewerkschaften sowie die Gewerkschaftsbewegung überhaupt zu mißkreditieren. Die „Gewissen“ helfen dieses Mißtrauen gegen die verhassten Christlichen schüren. Es wird geflüstert behauptet, die christlichen Delegierten hätten der Symptomenresolution für die russische Revolutionäre zugestimmt. Wahr ist dagegen, daß sie den berechtigten Bestrebungen der russischen Arbeiter nach sozialer Hebung, Recht und Gerechtigkeit beipflichten, selbstverständlich ohne Bewilligung der revolutionären Gewaltmittel, wie Mord, Raub, Brandstiftung etc. Ebenso sollen sie

nicht der Anregung der internationalen Demonstration durch eintägige Arbeitstube im Sinne der sozialdemokratischen Maitfeier widersprochen haben. Die Belgier, die den Antrag stellten, wollten den ersten Montag im Mai, die deutschen „Gewissen“ den 1. Mai selbst, die Engländer waren gegen den 1. Mai und schließlich einigten sich die Herren dahin, eine entsprechende Resolution — nachdem die Belgier ihre zurückgezogen hatten — dem nächsten Kongreß vorzulegen.

Der Kongreß befaßte sich außerdem vorwiegend mit Fragen, welche auch seine Vorgänger schon beschäftigt, u. a. Achtstundenschicht, Verstaatlichung der Bergwerke, Arbeiterpensionen, Verbot bzw. Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und der Arbeit der Jugendlichen unter 16 Jahren in der Bergwerksindustrie und internationale Regelung der Kohlenproduktion. Bezüglich der Mindestlöhne vertraten die deutschen Delegierten den Standpunkt, daß dieses Ziel durch tarifliche Vereinbarungen mit den Unternehmern erreicht werden müsse, während die Franzosen auf eine gesetzliche Regelung Gewicht legten. Unter Hinweis auf das große Grubenunglück in Courrières forderten besonders die Deutschen und Oesterreicher erneut die gesetzliche Einführung staatlich besoldeter, aus der Mitte der Belegschaft zu wählende Arbeiterinspektoren. Diese Inspektoren sollen das Recht haben, zu jeder Zeit die Gruben zu inspizieren und sollen auch mit genügenden Vollmachten versehen werden, die Durchführung ihrer Anordnungen zu erzwingen. In Frankreich, Belgien, Amerika und England gibt es bereits aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Grubenkontrollen, die, nach dem Bericht eines französischen Delegierten, in Frankreich aber nur 10 Tage im Monat die Gruben inspizieren dürfen. Es wurde beschlossen, daß die Landessekretäre den Parlamenten ihres Landes die Kongreßbeschlüsse nebst kurzen Erläuterungen mit der Bitte überreichen sollten, den Wünschen der Bergarbeiter entgegenzukommen. Im kommenden Jahre soll der Kongreß in Salzburg stattfinden.

Ob es unseren christlichen Kollegen möglich gemacht wird, den Kongreß dauernd zu besuchen, wird die Zukunft zeigen müssen

Verbandsstages christl. Gewerkschaften.

Die Keramarbeiter, Bäcker und Konditoren hielten ihre Generalversammlung in Köln ab

Auf dem Verbandsstages des Zentralverbandes christl. Keramarbeiter wurde u. a. eine Erhöhung der Wochenbeiträge der Mitglieder beschlossen und zwar eine Stafflung. Bei einem täglichen Einkommen von weniger als 2,50 Mk. soll der Wochenbeitrag 20 Pfg., bei einem Tagesverdienst von 2,50 bis 3,50 Mk. 30 und bei einem solchen von mehr als 3,50 Mk. 40 Pfg. betragen. Die gesamten Unterstützungsbeirichtungen des Verbandes sollen durch den Zentralvorstand und eine besondere Kommission entsprechend der Höhe der Wochenbeiträge neu geregelt werden. Die von mehreren Seiten beantragte Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt. Die Freistellung weiterer Verbandsbeamten wurde dem Zentralvorstand anheimgegeben, jedoch die definitive Anstellung eines dem Zieglerberuf angehörenden Sekretärs mit dem Sitz Köln-Chrenfeld sofort beschlossen. Der Verband zählte am 1. Mai 5219 Mitglieder und hat in der letzten Zeit seines Bestehens einen stotten Aufschwung genommen. — Von den auf dem Verbandsstages des christlichen Bäcker- und Konditorgehilfenverbandes gefaßten Beschlüssen seien folgende erwähnt: Der Beitrag wurde von wöchentlich 25 Pfg. bis 40 Pfg. erhöht. Des weiteren wurde die Freistellung eines Beamten beschlossen. Die Unterstützungsbeirichtungen erfuhr eine wesentliche Erhöhung. An Krankengeld wird in Zukunft gewährt: Auf die Dauer von 15 Tagen nach einjähriger Mitgliedschaft 60 Pfg., nach zweijähriger Mitgliedschaft 80 Pfg. und nach drei- und mehrjähriger Mitgliedschaft 1 Mk. pro Tag. Reiseunterstützung wird bis zur Höhe von 25 Mk. gewährt. Außerdem gewährt der Verband gemeinnützigen Rechtsschutz und Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt, sowie an verheiratete Mitglieder Sterbegeld und Anzugsunterstützung. Der Titel lautet fortan: Verband christlicher Bäcker und Konditoren und verwandte Berufe. Geschäftsstelle: Düsseldorf, Güttenstraße 87. — Der christliche Holzarbeiterverband hält am 29. Juni und die folgenden Tage in Essen seinen vierten Verbandsstages ab. Der seitherige Verbandsbeitrag betrug 30 Pfg. Doch erheben die meisten Zahlstellen Lokalbeiträge. Von 44 Zahlstellen wurden zum Verbandsstages Anträge auf Beitragserhöhung gestellt; 29 Anträge verlangen einen Wochenbeitrag von 50 Pfg. Weitere Anträge zielen auf eine Vergrößerung des Verbandsorgans und die Errichtung weiterer

Sekretariate hin. Ebenfalls soll mit dem erhöhten Betrag aus Verbandsmitteln Krankenunterstützung gewährt werden.

Zu dem stattfindenden 6. Kongress

der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, welcher wie bekannt in Breslau stattfindet, sei darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge zu demselben bis spätestens 30. Juni bei dem Generalsekretariat des Gesamtverbandes, Köln, Palmstraße 14, einzureichen sind. Solche können gestellt werden von den Zentralvorständen oder Generalversammlungen der christlichen Gewerkschaften, den Zahlstellen derselben und den Ortskartellen. Delegierte zum Kongress können Ortskartelle nicht entsenden, weil damit eine Doppelvertretung der Mitglieder geschaffen würde. Mit der Vertretung eventl. Anträge der Ortskartelle können beliebige Delegierte betraut werden.

Anträge zur Generalversammlung.

Ortsgruppe Thale am Harz.

Die Generalversammlung wolle den Paragraph 33 des Statuts in folgender Weise ändern:

Den örtlichen Verwaltungsstellen stehen 15 Prozent der Wochenbeiträge, zu wovon mindestens 5 Prozent an die Bezirkskasse abzuführen sind.

Begründung.

Die den Ortsgruppen jetzt verbleibenden 7 1/2 Prozent reichen in den meisten Fällen nicht aus. Neben der Unterstützung in außerordentlichen Notfällen und da, wo durch Statut die Kollegen noch nicht unterstützungsberechtigt sind, hat die Lokalkasse die Ausgaben für Agitation, Porto, Bibliothek, Bezahlung der Reisekosten der Delegierten zu den Bezirkskonferenzen und für Einkassieren der Beiträge an die Kassierer (hier 4 Prozent der Wochenbeiträge) zu bestreiten.

Kleine isolierte Ortsgruppen, deren Mitglieder niedrige Löhne haben, ist es schwierig, Lokalbeiträge einzuführen.

Der Bezirk kann auch mit 5 Prozent, wie bisher, auskommen, zumal bei erhöhter Agitation in den einzelnen Ortsgruppen die Mitgliederzahl steigen und auch die Einnahmen für den Bezirk sich vermehren würden.

Den Paragraph 7 des Statuts in folgender Weise zu ändern:

- 1. Die Karenzzeit auf 26 Wochen festzusetzen.
- 2. Die Unterstützung nach 26wöchentlicher Beitragszahlung soll betragen 50 Pfennig pro Tag oder 3 Mark die Woche (weibliche und jugendliche die Hälfte) nach 52 Wochen wie im Statut 6 Mark die Woche.
- 3. Die Unterstützungsdauer soll betragen im ersten halben Jahre 10 Wochen, nach 1. einem Jahr 15 Wochen und vom zweiten Jahre 20 Wochen hintereinander.

Die Arbeitslosenunterstützung (bei Arbeitslosigkeit und Krankheit) soll darnach betragen:

Die Höchstsomme darf bei einer Mitgliedschaft	
26 Wochen	30 Mark
52 Wochen	90 Mark
104 Wochen	140 Mark

Begründung.

Um den Kollegen die Wohlthat dieser Unterstützung schon nach 26wöchentlicher Mitgliedschaft Teil werden zu lassen, würde sich vorstehende Änderung empfehlen, zumal die Zentralkasse dadurch nicht mehr belastet würde. Erstens durch die Erhebung der Unterstützung, im ersten halben Jahre auf die Hälfte und zweitens durch Herabsetzung der Unterstützungsdauer und der Höchstsomme um die Hälfte.

Beispiel.

Nach 52 Wochen beträgt die Unterstützung 1 Mark pro Tag oder 6 Mark die Woche, 20 Wochen lang, Höchstsomme 120 Mark.

Nach vorgeschlagener Änderung:

- 26 Wochen 50 Pfennig pro Tag, 3 Mark die Woche, 10 Wochen lang, Höchstsomme 30 Mark.
- 52 Wochen 1 Mark pro Tag, 6 Mark die Woche, 15 Wochen lang Höchstsomme 90 Mark.

Zum 1. Oktober, spätestens 1. Januar 1907 soll der Agitationsbezirk Berlin einen Kollegen freistellen. (Ist schon geschehen. D. R.)

Begründung.

Da im Bezirk Berlin bis jetzt keine freigestellte Kraft vorhanden, der Bezirksleiter und Unterleiter in Arbeit stehende Kollegen sind, außerdem vom Zentralvorsitzenden das Bedürfnis anerkannt worden ist, wäre es ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, dieses baldigst zu verwirklichen. Gerade im Osten, der von der Zentrale weit entfernt, ist ein freigestellter Kollege, für Agitation, Lohnbewegungen usw. höchst notwendig.

Zudem haben wir hier im Osten außer den roten Gegnern, auch im eignen Lager (Berliner Facharbeiter) zu kämpfen.

Ortsgruppe Mannheim.

§ 7, Absatz 4 soll lauten: für die ersten drei Tage der Erwerbslosigkeit usw.

Begründung: Da die Unterstützungssumme doch aufgerechnet, so kann es gleich sein, ob die Summe etwas früher anfängt oder endet. Die Kollegen glauben, dieses agitatorisch verwenden zu können.

§ 8, Absatz 2: Der Höchstbetrag des Beitrages zu den Ueberhebungsstellen beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft für die ersten 40 Kilometer 20 Mk., für über 40 Kilometer 30 Mk., dann steigend von Jahr zu Jahr um 5 Mk. bis 50 Mk.

Begründung: Die Verhältnisse bringen es mit sich, daß, je weiter die Reise, je mehr die Kosten. (Eine sehr bequeme Begründung. D. Red.)

§ 12, Absatz 1. Bei Sterbefall eines Mitgliedes wird an Sterbegeld gewährt nach einjähriger Mitgliedschaft 30 Mk., dann steigend um jährlich 5 Mk., dann ist einzuschalten: bei Sterbefall der rechtlich angeordneten Frau eines Mitgliedes werden die 1/2 der angeführten Sätze ausbezahlt.

Die Kollegen waren der Meinung, daß es meistens sehr viel kostet, wenn die Frau erkrankt und es den Mitgliedern nur erwünscht sein kann, wenn ihnen eine kleine Unterstützung zuteil wird.

§ 17 soll angehängt werden: Absatz 1: wo von mindestens 1 aus Süddeutschland genommen werden muß.

Begründung: Um nun das Ansehen des Verbandes zu heben und dem Vorwurf der Einseitigkeit zu begegnen; ferner das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu stärken.

§ 32 soll lauten: den örtlichen Verwaltungsstellen stehen 15% der Einnahme zu.

Begründung: Durch die immer sich vermehrenden Bewegungen sind die Ortsverwaltungen nicht mehr imstande, die Ausgaben, Lohnverläumnisse, Porto usw. für Vertretungen zu bezahlen.

Ferner wird der Generalversammlung das Ersuchen gestellt, den alten Mannheimer Agitationsbezirk wieder herzustellen und den zu bestimmenden Leiter freizustellen. Die Ortsgruppen sind bereit, zu den Kosten einen Extrabeitrag zu leisten; jedoch hat der Beamte seinen Sitz in Mannheim zu nehmen, andernfalls der Extrabeitrag abgelehnt wird.

Begründung: Der jetzige Bezirk ist zu groß und die immerwährende Bewegungen erfordern die Anwesenheit eines Beamten.

Ortsgruppe Breslau.

In Anbetracht der schwierigen Verhältnisse in Schlesiens und der großen Anzahl freigestellter Beamter der gegnerischen Organisationen (etwa 30 freie, 5-6 h.-v. und Fachabteilungssekretäre) stellt die Ortsgruppe Breslau an die Generalversammlung des christlich-soz. Metallarbeiterverbandes den Antrag, für den deutschen Bezirk Schlesiens einen Kollegen freizustellen, damit dadurch die organisierten Kollegen in der Gewerkschaftsbewegung gestärkt und geschult, die verdächtigen und ungerechten Angriffe der Gegner wirkungsvoller zurückgewiesen und die große Anzahl indifferenter Metallarbeiter Schlesiens für die christliche Organisation gewonnen werden können.

Die schlesischen Arbeiter sind leider noch so rückständig und erfassen den gewerkschaftlichen Geist so schwer, daß es einem Kollegen, welcher nur einen Tag - vielleicht nur Sonntag - an einem Ort weilen kann, nicht möglich ist, die in der Versammlung Anwesenden fest an die Organisation zu fesseln. Wohl ist für den betreffenden Tag die Begeisterung und auch die besten Vorsätze da, aber leider ist es immer nur ein Strohhalm, welches gleich wieder erlischt. Bei den schlesischen Arbeitern muß man tagelang dahinter sein, um die Arbeiter zum Eintritt in die Gewerkschaft zu bewegen. Der christl. Bauhandwerkerverband gewann in Schlesiens die Mitglieder, die er gegenwärtig hier hat nur dadurch, daß er bei Zeiten eine Kraft freigestellte. Auch in der Metallindustrie dürfte ein gleich günstiges Resultat zu erwarten sein. Müge darum der Rotschrei der schwer bedrückten schlesischen christlichen Metallarbeiter nicht unerhört verklingen. (Ist schon ein Beamter freigestellt. D. R.)

Ortsgruppen des Bergischen Bezirks.

1. Die Generalversammlung wolle beschließen, daß der § 7 Abs. 4 dahin abgeändert wird, daß derselbe lautet:

„Für die ersten sieben Tage der Erwerbslosigkeit sowie für die Tage, wo das erwerbslose Mitglied ganz oder teilweise beschäftigt und für halbe Tage darf keine Unterstützung ausbezahlt werden. Ist aber ein Mitglied länger als vierzehn Tage erwerbslos, so erhält dasselbe die ersten sieben Tage nachbezahlt.“

2. Die Generalversammlung wolle beschließen, daß, wenn ein Bezirk 5 Pfg. Extrabeitrag für Anstellung von Beamten erhebt, die Zentrale verpflichtet ist, einen Zuschuß aus der Zentralkasse zu bewilligen.“

Gerade der Bergische Bezirk macht hier ganz besonders Anspruch darauf, da in diesem Bezirk über 500 Kollegen organisiert sind, und noch mindestens das 10fache zu haben ist, wenn hier eine freigestellte Kraft zur Verfügung stünde, und zirka 1300 Mk. von uns aufgebracht werden. Ferner beantragt der Bergische Bezirk, daß er zu einem selbständigen Agitationsbezirk gemacht wird, da der Düsseldorfener Bezirk zu groß und der Bezirksleiter, Kollege Winter, zu sehr mit Arbeit überhäuft und der bergische Bezirk darunter zu leiden hat.

Die Ortsgruppen des bergischen Bezirks:

Elberfeld, Barnum, Schwelm, Welsch, Neuwies, Hahn, Solingen, Ohlig, Innigroth, Wald, Remscheid, Leichlingen, Gräfrath.

Ortsgruppe Berlin.

1. Die Streikunterstützung für ledige ist von 10 auf 12 Mark zu erhöhen. Begründung: Zehn Mark Streikunterstützung ist nicht hinreichend um Logis und Waschgeld in großen Städten von den Ledigen bestreiten zu können.

2. Die Generalversammlung wird ersucht, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich ist, eine Klassifizierung der Wochenbeiträge und Leistungen im Statut einzuführen. — Begründung: Bei dem jetzigen Beitragsfuß ist es fast ausgeschlossen, die schlechtbezahlten Hilfsarbeiter für unseren christl. Verband zu gewinnen und fallen die auf christlichem Boden stehenden Hilfsarbeiter in der Metallindustrie den gegnerischen Verbänden zu, welche einen niedrigen Beitragsfuß haben.

3. wird die Generalversammlung ersucht, eine Form zu suchen, wonach es den aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidenden Kollegen möglich wird, sich die Unrechte an die Erwerbslosenunterstützung in Krankheitsfällen und die Begräbnisunterstützung gegen reduzierte Beiträge zu erhalten.

Als Delegierte zur

Generalversammlung wurden gewählt:

Hamm. Kollege Kerflöh.
Duisburg. Kollege K e r e r.

Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit Eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 1. Juli der siebenundzwanzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 1. Juli bis 8. Juli 1906 fällig.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

(In der vorigen Nummer mußte es der sechsundzwanzigste Wochenbeitrag heißen.)

Streiks und Lohnbewegungen.

B.-Gladbach. In der Papiersab. Firma Zander sind Differenzen ausgebrochen. Geizer, Maschinisten und Schlosser kommen in Betracht. Grund: Maßregelung.

Werdohl. Bei der Firma Gebr. Brüninghaus haben die Gabelarbeiter und Former wegen Lohn Differenzen gekündigt. Zugang ist fernzuhalten.

Dortmund. Zugang von Formern und Gabelarbeitern fernhalten.

Böhlungen. Auf dem Hüttenwerk Differenzen wegen Maßregelungen.

Verbacher Hüttenwerk, Neunkirchener Hüttenwerk über Gewaltmaßregeln gegen unsern Verband, Saalabtreiber, Koalitionsverbot und dergl.

Siegburg. Bei der Firma Bolis Mattunfärberei Differenzen ausgebrochen. Reparaturhandwerker, Geizer und Maschinisten kommen in Betracht.

Duisburg. Fittingswerk G. m. b. H. Streik ausgebrochen.

Bochum. Weiskal. Stahlwerk für Formier gesperrt.

Bochum. Lohnbewegung der Klempner. Zugang in fernzuhalten.

Bremen. Klempnerstreik.

Zugang ist fernzuhalten!

Mheydt. Streik in der Dampfmaschinenfabrik von D. Rede zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Alme. Streik zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Bigge. Zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Hamm. Weiskal. Drahtwalzwerk „Union“ Streik der Drahtwalzer zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Aus dem Verbandsgebiet.

Lubwigschafen a. Rh. Für Freitag, den 15. Juni hatten wir eine große Versammlung einberufen, zu der nicht bloß die hiesigen Kollegen, sondern auch von Mannheim, Frankenthal, Oppenheim und Worms zahlreich erschienen waren. Referent war unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber, der in einem großzügigen Referat zunächst über den Kampf auf der Verbacher Hütte um das Koalitionsrecht der Arbeiter referierte, wo unser Verband allein im Kampfe stand und einen vollen Erfolg für die Arbeiter errungen hat. Der christl. Metallarbeiterverband war es, der dort für die Arbeiter um ihr wichtigstes Recht in die Schranken getreten ist, dem die Werkleitung auch die Zusage machen mußte angesichts der geschlossenen Einmütigkeit der Arbeiter, daß sie keinem ihrer Arbeiter das Koalitionsrecht streitig machen wolle. Damit haben die Arbeiter einen Erfolg errungen, wie ihn Kenner der Verhältnisse sich nicht gedacht haben. Das haben selbst unsere Gegner im ersten Moment in ihren Organen zum Ausdruck gebracht, wenn sie auch jetzt aus Neid um diesen Sieg der christlichen Metallarbeiter denselben zu verkleinern suchen. Die Hüttenleute des Saarreviers wissen, daß nur der christl. Metallarbeiterverband für sie gekämpft hat, wenn sie weiter so geschlossen an demselben festhalten, wird ihnen ihr Erfolg niemand streitig machen können. Dann wird es möglich sein, auch mehr für sie zu erreichen, denn bis jetzt ist es nur der christliche Metallarbeiterverband gewesen, der für die Hüttenarbeiter der großen Werke Erfolge errungen hat. Kollege Wieber ging dann des weiteren auf die Entwicklung unseres Verbandes in Südwestdeutschland ein, wo unser Verband gute Fortschritte gemacht hat. Aber ungeheuer viel ist noch zu gewinnen, wenn mit einer planmäßigen Agitation gearbeitet wird.

Auf der Konferenz in Erberg ist die Anstellung eines weiteren Beamten für Württemberg beschlossen worden und haben die dort vertretenen Ortsgruppen in richtiger Erkenntnis der Lage die Einführung eines Lokalbeitrages von 5 Pfg. pro Woche beschlossen, um die Freistellung des Beamten zu ermöglichen; die Ortsgruppe Stuttgart hat ebenfalls bei seinem Dorfsitz beschlossen, 10 Pfg. pro Woche mehr zu bezahlen. Er hoffe, daß auch im hiesigen Bezirk die Kollegen an Opferfreudigkeit nicht nachstehen werden, um ebenfalls einen weiteren Beamten anstellen zu können. Unsere christlichen Arbeiter sind verpflichtet und müssen es sich zur Ehre anrechnen, an Opferfreudigkeit niemanden nachzusehen. Dann wird unser Verband auch weitere Fortschritte machen trotz aller Verleumdung und Hege der Gegner und unsere Arbeiter werden einsehen lernen, daß ihre Interesse nirgends besser gewahrt werden als im christlichen Metallarbeiterverband. Die sich an den Vortrag anschließende Diskussion zeugte von der Begeisterung, welche derselbe unter den Kollegen geweckt hatte. Kollege Samstag-Mannheim und eine ganze Reihe anderer Kollegen traten für die Erhebung eines Lokalbeitrages ein, in der Hoffnung, daß auch die Zentrale noch mit- hilft, um die Anstellung eines Beamten zu ermöglichen. Nachdem Kollege Wieber dies zugesagt hatte, wurde einstimmig beschlossen, einen Extrabeitrag von 10 Pfg. pro Woche einzuführen. Mit einem brausenden Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

Kattowitz. Am 19. Mai fand im Gesellschaftshaus eine christl. Metallarbeiterversammlung statt. Der ungünstigen Witterung wegen ließ der Besuch zu wünschen übrig. Kollege Purtschke hielt ein Referat über: „Den weiteren Ausbau der Organisation.“ Etwa 20 Minuten nach Eröffnung erschien der Führer des freien Metallarbeiterverbandes Hörsting. Hinter ihm kamen noch drei rote Gewerkschafts-

den Bergarbeitern mit noch einem halben Duzend Genossen.

Kollege Purtschke hielt das Referat sehr sachgemäß. Zur Diskussion meldete sich, trotzdem die Genossen aufgeführt wurden, keiner derselben zum Wort. Hörsting meinte, ihm sei das zu uninteressant.

Der christl. Gewerkschaftssekretär Gloger, der im selben Lokal eine Holzarbeiterversammlung geleitet hatte, meldete sich alsdann zum Wort. Er stellte zunächst fest, daß vier Gewerkschaftsführer der freien Verbände zu einer Mitgliederversammlung der christl. Metallarbeiter zugegen sind. Die Beamten der roten Verbände müssen in Kattowitz sehr wenig zu tun haben, sie sollten sich lieber mit der wirtschaftlichen Lage ihrer Berufskollegen befassen und ihre eigenen Genossen nicht mit Phrasen abfinden. Daß erfolgreiche Lohnbewegungen ohne Sozialdemokraten durchgeführt werden können, hat die Lohnbewegung der Schneider in Kattowitz gezeigt.

Dann meldete sich ein Genosse zum Wort. Er faselte, daß die Christlichen mit ihrer Lage zufrieden sind. Wir Noten dagegen sind wirtschaftlich gedrückte Leute usw.

Kollege Purtschke fertigte ihn gründlich ab, sowie die Genossen, welche sich noch zum Wort meldeten. Als die Genossen nun ansingen, Madam zu machen, wurden sie vom Vorsitzenden zum Verlassen des Saales aufgefordert, dem sie auch Folge leisteten. Beim Rückzuge machten sie natürlich ihren Haß gegen uns durch eine Reihe Schimpfwörter Luft.

Kollege Gloger erhielt nun das Schlusswort und forderte alle Kollegen zu eifriger Agitation für den christl. Metallarbeiterverband auf. So wurde die sehr interessant verlaufene Versammlung um 1/22 Uhr früh geschlossen. Eine Anzahl Kollegen trat dem Verbands bei.

Düsseldorf. Die ausgedehnten Kämpfe der letzten Zeit haben mit Donnerstimm den christl. Metallarbeitern die Notwendigkeit eines erhöhten Wochenbeitrages ins Gewissen gerufen.

Überall rüstet man sich, diesem alles überwältigenden Rufe Folge zu leisten. „Einen Juliusturm müssen wir bauen“, so schrieb leßthin sogar die Arbeitgeberzeitung, „um jederzeit zum Kampfe bereit zu sein.“ Demzufolge hat man schleunigst innerhalb der Arbeitgeberverbände sogenannte Streikkassen ins Leben gerufen zu dem Zwecke, auf die geringste Regung der Arbeiter, behufs Erlangung ihrer wirtschaftlichen Rechte, illusorisch zu machen. „Einen Juliusturm“ wollen auch die sozialdemokratischen Verbände errichten, um auch ihrerseits, wie sie sagen, in Bereitschaft zu sein. Ihnen allen voran der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband. Um der bis auf den Boden geleerten Kasse ihres Verbandes einigermaßen wieder ein vorübergehendes „Neuwerk“ zu geben, erheben die sozialdemokratischen Metallarbeiter für den Zeitraum von 3 Monaten einen Beitrag von pro Woche 80 resp. 85 Pfennig. Auch nach dieser Zeit sollen die Beiträge nicht wieder auf den früheren Stand zurückgehen. Nicht mehr als logisch ist es deshalb, wenn die christlichen Metallarbeiter vorzeitig Fürsorge treffen, um allen Eventualitäten die Stirne bieten zu können. Eine Reihe Ortsgruppen sind schon dazu übergegangen, wie oben angedeutet, ihre Beiträge entsprechend zu erhöhen.

Mit dem 1. Juli tritt auch hier in Düsseldorf der vereinigte Wochenbeitrag in sehr stark besuchter Versammlung fast einstimmig angenommene 55 Pfg. Wochenbeitrag in Kraft. Ebenfalls werden Rath, Eller, Benrath von dem Tage ab diesen Beitrag erheben.

Unser aller Aufgabe muß es nun sein, von vornherein sich an Pünktlichkeit im Zahlen der Beiträge zu gewöhnen. Ein überzeugter christlicher Gewerkschaftler, der weiß was er an seiner Organisation hat, muß es als eine Ehre betrachten, wöchentlich den Ertrag von einer oder zwei Stunden Arbeit seiner Berufsorganisation zu widmen. Die der Düsseldorf der Verwaltungsstelle angegliederten Kollegen haben in der Vergangenheit gezeigt, daß sie den Zeitgeist verstanden und dementsprechend auch gehandelt haben. Dies berechtigt zu der Annahme, daß künftighin unsere in Düsseldorf und Umgegend wohnenden Kollegen auch die neuesten geworfenen Einrichtungen zu schätzen und zu würdigen wissen. Darum mit Gott. Vorwärts ist die Parole!

Bekanntmachung.

Die Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. erhält hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. pro Woche ab 1. Juli 1906. Die Nichtbezahlung des Lokalbeitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Mit der Abrechnung noch im Rückstand sind: Colmar, Düren, Dresden, Dudweiler, Euskirchen, Gießen, Groß-Flusheim, Heltroth, Kronenkirchen, Leipzig, Mannheim, Mettmann, Menden, Sieg, Müsbach, Merscheid, Nebiges, Rheinfelden.

Die Ortsgruppen werden aufgefordert, umgehend die Abrechnungen einzusenden, andernfalls die statutarischen Rechte verlustig sind.

Der Vorstand.

Versammlungs-Kalender.

- Bocholt.** Sonntag, den 1. Juli, morgens 11 1/2 Uhr bei Franz Juppina. Referent: Franz Juppina.
- Bremen.** Samstag, den 7. Juli, abends 9 Uhr Versammlung im Restaurant zum Wasserturn, Elisabethstraße.
- Durlach.** Sonntag, den 1. Juli Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung, vorm. 11 Uhr im Bahnhofshotel.
- Durlach.** Samstag, den 7. Juli, abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Bahnhofshotel 2. Stock.
- Düsseldorf.** Sonntag, den 1. Juli Generalversammlung mit Vortrag bei Trehmöhlen, morgens 11 Uhr.
- Denk.** Samstag, den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Lager Agitationbezirk Essen. Sonntag, den 8. Juli, nachm. 2 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus zu Essen, Frohnhauserstr. 1. Bezirkskonferenz. Jede Ortsgruppe bzw. Sektion muß vertreten sein. Auch andere Mitglieder können an der Konferenz teilnehmen.
- Ortsverwaltung Essen.** Sonntag, den 1. Juli, morgens 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr in den Sektionslokale Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Wachen. Die Kollegen werden dringend erucht, sich vor der Wahl zu beteiligen. Die Sektionsvorsände werden nochmals auf die genaue Einhaltung der Wahlbestimmungen aufmerksam gemacht. Die Verhandlungen fallen an dem Wahltage aus.
- Gülich.** Sonntag, den 1. Juli cr. findet bei Stett, Friedrichstraße Bezirkskonferenz statt. Beginn: Früh 10 Uhr. Abends 7 Uhr große Versammlung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder, besonders bei der Versammlung unbedingt notwendig.
- Kall.** Samstag, den 30. Juni, abends 9 Uhr Versammlung bei Schorodt.
- Külberg.** Mittwoch, 4. Juli, abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus, Tafelhofstr. 7, findet außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 2. Anträge hierzu. 3. Einführung ein 8 Lokalbeitrages. Alle Kollegen und Kolleginnen werden deshalb dringend ersucht, bestimmt zu erscheinen.
- Papenburg.** Sonntag, den 4. Juli nachmittags 4 Uhr bei Hülsmann. Dann jeden ersten Sonntag im Monat.
- Schweinfurt.** Freitag, den 9. Juni findet im Gasthof zum Schwan (oberer Saal) in der Rückstraße außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Erscheinen eines Jeden ist Pflicht. Die Bücher sind zur Kontrolle mitzubringen.
- Wiesbaden.** Wanderunterstützung zahlt aus Jakob Werner Scharnhorststraße 26. Arbeitsnachweis Arbeitersekretariat Dohmeimerstraße 24.

Tüchtige Spengler, Metalldrücker und Schleifer auf Tafelgeräte gesucht. Offerten unter Chiffre „Süddeutsche Metallwarenfabrik, Müsbach (Rheinpfalz).“

Unserem Kollegen **Peter Steffen** und seiner lieben Braut **Katharina Schwaderlapp** zur Vermählung **die besten Glück- und Segenswünsche.** Die Kollegen der Ortsgruppe Oberhausen (Mhd.).

Unserem treuen Kollegen **Wilh. Walter** nebst Braut **Regina Gänninghaus** zur Vermählung **die herzlichsten Glückwünsche.** Die Kollegen des Ruffenbüschens I der Firma Krupp Essen.

Unserem Kollegen **Heinrich Linden** nebst Frau zur silbernen Hochzeit **die herzlichst. Glückwünsche.** Die Kollegen der Ortsgruppe Voll.

Unseren Kollegen **Wilhelm Stidelmann** nebst Maria Theresia Voß und **Jacob Hompeich** nebst Frau Anna Maria Katharina Köbler zur Vermählung **die besten Glückwünsche.** Die Ortsgruppe Büsbach.